

## **Offene Fragen der Geschichte Band 4**

### **Chronik von 1900 bis 1933**

Kampf um die Weltherrschaft,  
Erster Weltkrieg,  
Versailler Friedensverhandlungen,  
Gründung der Weimarer Republik,  
Gründung der UdSSR,  
Faschismus,  
Nationalismus und Diktaturen,  
Weltwirtschaftskrise,  
Hitlers Machtübernahme,  
NS-Terrorismus ...

### **Band 4/009**

#### **Chronik vom 1. Dezember 1918 bis März 1919**

##### **01.12.1918**

**Jugoslawien:** Am 1. Dezember 1918 entsteht aus dem Königreich Serbien, Montenegro und verschiedenen österreichisch-ungarischen Gebietsteilen das neue "Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen".

##### **Das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (1929 Umbenennung in Königreich Jugoslawien)**

Nach den Friedensverträgen von Saint-Germain-en-Laye (2.09.1919), Neuilly (27.11.1919) und Trianon (04.06.1920) war dieser neue Staat etwa 5mal so groß, wie das ursprüngliche Serbien. Da in den jugoslawischen Gebieten häufig völlig unterschiedliche kulturelle, religiöse und wirtschaftliche Verhältnisse herrschten, waren die Nationalitätenprobleme äußerst schwierig.

Durch die Zertrümmerung der österreichisch-ungarischen Monarchie wurden auch die deutschen Siedlungsgebiete des "Donau-Schwabentums" fast vollständig zerrissen und größtenteils Jugoslawien und Rumänien zugeordnet. Nur ein geringer Teil der deutsch-ungarischen Siedlungsgebiete blieb bei Ungarn.

Im Jahre 1931 lebten in Jugoslawien 13.934.038 Einwohner (x006/11E): 77 % Serben und Kroaten, 8,1 % Slowenen, 3,6 % Deutsche, 3,6 % Albaner, 3,4 % Ungarn, 1,0 % Rumänen, 1,0 % Türken und 2,3 % sonstige Völker.

Konfessionsgliederung in Jugoslawien im Jahre 1935 (x019/154): 48,8 % serbisch-orthodox, 37,5 % römisch-katholisch (Kroaten, Slowenen und Deutsche), 11,2 % Moslems (Bosnier), 1,7 % protestantisch und 0,5 % israelitisch.

Im Jahre 1934 lebten noch mehr als 80 % der jugoslawischen Bevölkerung von der Landwirtschaft. Die fruchtbarsten Anbaugelände lagen im Donautiefland (Banat, Batschka und Slawonien). Diese Gebiete waren die "Kornkammern des Landes". In den weiten Ebenen wurden hauptsächlich Weizen, Mais, Tabak und Wein angebaut.

Die deutschen Siedlungen entstanden ursprünglich nach dem Abzug der Türken (Friedensverträge von Karlowitz: 1699 und Passarowitz: 1718). Die Deutschen wurden durch österreichische Herrscher, die zugleich ungarische Könige waren, in den ehemals türkisch beherrschten Gebieten des Königreiches Ungarn angesiedelt (x006/5E).

Im Jahre 1931 wohnten rd. 500.000 Jugoslawien-Deutsche in folgenden Siedlungsgebieten: Batschka = 173.000, Banat = 120.000, Kroatien-Slawonien = 81.000, Ost-Syrmien = 49.000, Slowenien = 29.000, Baranya = 16.000, Bosnien-Herzegowina (historische Grenzen) = 16.000, Stadt Belgrad = 10.000 und übrige Gebiete = 6.000 Jugoslawien-Deutsche.

Die deutschen Siedler (Banater Schwaben und Ungarn-Deutsche) bezeichnete man etwa seit 1920 als "Donauschwaben", obwohl die Deutschen ursprünglich aus fast allen Gebieten des Deutschen Reiches stammten.

Im Jahre 1931 waren 76,7 % der Volksdeutschen römisch-katholisch, 20,2 % evangelisch-lutherisch und 3,1 % gehörten sonstigen Religionen an.

Die willkürlichen Grenzziehungen der Pariser "Friedensverträge" verschärften nachweislich die Auseinandersetzungen zwischen den staatlichen Behörden und nationalen Minderheiten in Süd-Osteuropa. Der Zusammenbruch des österreichisch-ungarischen Staates traf die deutschen Siedlungsgruppen in Serbien bzw. Jugoslawien äußerst schwer.

### **Minderheitenprobleme in Jugoslawien**

Nach der Beseitigung der österreichisch-ungarischen Verwaltung bekämpfte man besonders die deutschen Minderheiten. In Slowenien wurden z.B. Tausende von Deutschen, vor allem Beamte und Angehörige freier Berufe, durch staatliche Anordnungen arbeitslos und durch Boykottmaßnahmen ruiniert oder gezwungen, das Land zu verlassen (x006/14E).

Die Volksdeutschen litten vielerorts unter vorsätzlichen Benachteiligungen und bössartigen Schikanen, denn viele waren den Serben, Kroaten, Slowenen und anderen Nationalitäten wirtschaftlich überlegen. Manche Nachbarn konnten ihren Haß, den Neid oder die Mißgunst nur mühsam verbergen. Vor allem die Serben und Slowenen setzten unentwegt politische und wirtschaftliche Maßnahmen ein, um ihre "national-völkischen Ziele" durchzusetzen.

Trotz alledem duldeten man die meisten "Schwaben" weiter in Jugoslawien, denn sie waren im allgemeinen ruhige, hilfsbereite Nachbarn, erfolgreiche Unternehmer, fleißige Bauern oder geschickte Handwerker. In Jugoslawien waren die selbstbewußten Volksdeutschen zwar nicht übermäßig beliebt, aber man wollte nirgends auf die bewährte Arbeits- und Tatkraft der Deutschen verzichten.

Im Nationalitätenstaat Jugoslawien lebten Völker mit den unterschiedlichsten Glaubensbekenntnissen dicht nebeneinander. In vielen größeren jugoslawischen Gemeinden und Städten gab es verschiedene Kirchen (römisch-katholische, griechisch-katholische, griechisch-orthodoxe, protestantische, islamische und jüdische Gotteshäuser). Alle ethnischen Minderheiten, wie z.B. auch die Volksdeutschen, wehrten sich energisch gegen jede Art von Entdeutschung und verteidigten hartnäckig ihr Volkstum und ihre Kultur.

Im neuen Vielvölkerstaat Jugoslawien rückten die argwöhnischen deutschen Siedler noch dichter zusammen und blieben unter sich. Ehen mit Slawen oder Andersgläubigen kamen nur selten vor, denn die Volksdeutschen wollten ihr Volkstum nicht zusätzlich schwächen. Sie waren außerdem grundsätzlich nicht bereit, ihre Konfession aufzugeben.

Die deutschen Volksgemeinschaften hielten auf Gedeih und Verderb zusammen. Trotz der großen Entfernungen blieb die Mehrheit der Donauschwaben weiterhin mit Ungarn und dem deutschen Volk verbunden.

"Das ist eine Ehre oder eine Schande für einen Deutschen" bzw. "es gibt nicht zweierlei Deutschtum", waren keine allgemeinen Redensarten, sondern diese Grundsätze gehörten damals in Süd-Osteuropa zum überzeugten deutschen Volksbewußtsein.

Obgleich das deutsche Volksbewußtsein überall stark ausgeprägt war, erfüllten die Volksdeutschen gewissenhaft und treu ihre staatsbürgerlichen Pflichten. Die volksdeutschen Politiker hatten es in Jugoslawien ebenfalls sehr schwer. Der politische Führer der Jugoslawien-Deutschen, Dr. Kraft, wurde z.B. während einer Wahlversammlung am 26. Januar 1925 schwer mißhandelt (x034/244).

Außer den Serben identifizierte sich eigentlich niemand mit dem neuen Staat Jugoslawien. Die Serben, Kroaten und Slowenen waren zwar stammverwandte südslawische Völker, aber die historische Vergangenheit, die religiösen Gegensätze und die großen sozialen Unterschiede konnte man trotz aller Bemühungen nicht überwinden.

Kroatien verfügte z.B. über hochentwickelte westeuropäische Wirtschaftsstrukturen, während Serbien infolge der langen türkischen Besatzung keine gleichwertigen Strukturen zu bieten hatte. Die überwiegende Mehrheit der Serben war bettelarm, so daß spätere Konflikte vorprogrammiert waren.

Der ausgeprägte Führungsanspruch der fanatischen Serben stieß zwangsläufig auf den erbitterten Widerstand der stolzen Kroaten, die es nicht gewohnt waren, sich unterdrücken zu lassen. Die Kroaten strebten bereits frühzeitig nach Unabhängigkeit. Ab 1921 kämpften die Kroaten, unter Führung des Parteiführers Stefan Radic (1871-1928), mit allen politischen Mitteln gegen die Serben, um ihre Selbständigkeit durchzusetzen.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1961 über das Deutschtum in Jugoslawien nach dem Ersten Weltkrieg (x006/3E-35E): >>... 1. Siedlungsgebiete und Bevölkerungszahl.

Das am 1.12.1918 proklamierte und durch die späteren Friedensverträge und Abkommen in seinen Staatsgrenzen näher bestimmte Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen ... 1929 umbenannt in "Königreich Jugoslawien", vereinigte die früheren Königreiche Serbien, Montenegro und die vorwiegend von Kroaten und Slowenen besiedelten Gebiete Österreich-Ungarns, daneben aber auch Territorien dieses Reiches, in denen die drei staatstragenden Völker in der Minderheit waren, zu einem Staat.

Von der ungarischen Reichshälfte erhielt Jugoslawien im Vertrag von Trianon (4.6.1920) das westliche Banat, den größten Teil der Batschka, das Baranja-Dreieck, Slawonien und Kroatien, das Zwischen- und Übermurgebiet; von der österreichischen im Vertrag von Saint Germain (10.9.1919) die Untersteiermark, Südkärnten, Krain und Dalmatien, außerdem Bosnien und die Herzegowina; dazu gliederte es sich kleinere Gebiete von Bulgarien und Albanien an. Vielfältig und unterschiedlich war die historischpolitische, die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Territorien gewesen, die nun in dem neuen Staat zusammengefaßt wurden, allein dies hat ihn innen- und außenpolitisch mit einer schweren Hypothek belastet.

Zu den von der Neuordnung der politischen Verhältnisse betroffenen Nationalitäten zählten als stärkste nationale Minderheit auch die deutschen Siedlungsgruppen, die vor allem im Banat, der Batschka und Baranja, in Syrmien, Slawonien und Krain (Gottschee) ansässig waren und bisher keinen näheren Zusammenhang untereinander gehabt hatten. Neben der städtischen deutschen Bevölkerung in Belgrad, Agram und Slawonien bestanden deutsche Streusiedlungen in Bosnien und der Herzegowina.

Die stärkste und bedeutendste deutsche Bevölkerungsgruppe lebte in den ehemals südungarischen Gebieten: Banat, Batschka, Baranja. Im Banat - der Landschaft zwischen Donau und Theiß, der Mieresch (Maros) und den Transsilvanischen Alpen -, dessen westlicher Teil 1920 an Jugoslawien fiel, lag der Schwerpunkt deutscher Siedlungen im Süden bei Panschowa, Weißkirchen und Werschetz, im Mittelbanat zwischen Groß-Betschkerek und der rumänischen Grenze, im Norden um Groß-Kikinda.

In der Batschka, dem südlichen Ausläufer der ungarischen Tiefebene zwischen Donau und Unterlauf der Theiß, lebten Deutsche vorwiegend im südwestlichen Teil und um die Bezirkssorte Palanka, Neusatz, Hodschag und Kula, Apatin und Sombor. Das relativ kleine Gebiet der jugoslawischen Baranja im Drau-Donauwinkel, das sich westlich an die Batschka anschließt und zum deutschen Siedlungsgebiet der "Schwäbischen Türkei" gehörte, war bei Popovać und Beli Monastir, in den Verwaltungsbezirken Batina und Darda, von Deutschen besiedelt.

Das Deutschtum dieser drei Gebiete geht auf die Besiedlung nach den Friedensschlüssen von Karlowitz (1699) und Passarowitz (1718) zurück, durch die dieses Land an die Habsburger fiel. In die unter der Türkenherrschaft und durch die Kriege verödeten und verwilderten süd-ungarischen Landesteile rief die kaiserliche Regierung Siedler aus fast allen Ländern des Reiches und versprach ihnen die Ansiedlung unter großzügigen finanziellen und materiellen Bedingungen. Diese staatliche Ansiedlung weist drei Höhepunkte auf.

Nachdem schon seit den 20er Jahren des 18. Jahrhunderts einige Gruppen deutscher Handwerker, später überwiegend Bauern, vor allem von dem Gouverneur Graf Mercy ins Banat gerufen worden waren, wurden unter Maria Theresia zwischen 1765 und 1771 jährlich durchschnittlich ca. 1.000 bis 1.500 deutsche Familien für das Banat angeworben, und auch unter Joseph II. zwischen 1784 und 1787 stellten hier wie in der Batschka deutsche Bauern und Handwerker an der Gesamtzahl der in dieser Zeit Angesiedelten den größten Anteil.

Neben Deutschen wurden Serben, Madjaren und Rumänen, kleinere Gruppen Bulgaren, Kroaten, Slowaken, Ruthenen, Tschechen und eine geringe Anzahl von Italienern, Spaniern, Elsässern und lothringischen Franzosen angesiedelt; die zuletzt genannten sind bereits nach wenigen Generationen vorwiegend im Deutschtum der Umgebung aufgegangen.

Die Neusiedlung der eroberten Gebiete beruhte indes neben der staatlichen auch auf der privaten Initiative der Grundherren, die, um die Prosperität ihrer Besitzungen zu heben, Bauern und Landarbeiter auf ihre Ländereien holten. Diese Siedlungsaktion wurde insbesondere in der Batschka begünstigt, in der ein großer Teil des Bodens ungarischen Magnaten gehörte und wo selbst der Kameralbesitz der Krone, der mit einer kurzen Unterbrechung (1740-44) der Ungarischen Hofkammer in Preßburg unterstand, privatwirtschaftlich verwaltet wurde.

Als unter Joseph II. nach 1779 der Kameralbesitz im Banat an private Grundherren verkauft wurde, erfaßte diese Siedlungsbewegung auch das Banat. Es waren vorwiegend Madjaren, die ins Land gerufen wurden, daneben aber auch eine Anzahl deutscher Familien und Angehörige anderer Völker. Durch das Anwerbungspatent Josephs II. von 1782 wurde erneut ein Zustrom deutscher Siedler ausgelöst. Trotz schwerer Rückschläge und wirtschaftlicher Schwierigkeiten erlebten die deutschen Siedlungen einen verhältnismäßig raschen Aufstieg.

Da die kinderreichen deutschen Siedlerfamilien im Gegensatz zu den Angehörigen anderer Nationalitäten keine Realteilung kannten, entschlossen sich viele Söhne deutscher Bauern zur weiteren Landsuche, um nicht als Landarbeiter ihr Dasein fristen zu müssen, wenn es ihnen nicht gelang, in dem rein agrarischen Gebiet sich als Handwerker eine Existenz zu schaffen. Solange noch unbesiedeltes Land zur Verfügung stand, gründeten die von der Erbfolge ausgeschlossenen Bauernsöhne oft mit Unterstützung der Grundherren oder ihrer Heimatgemeinden neue, sogenannte Tochttersiedlungen in Gestalt einzelner oder mehrerer Kolonistendörfer. Nicht selten erwarben deutsche Familien durch Kauf Höfe in andersnationalen Siedlungen, die durch weitere Zusiedlung von Deutschen in den nächsten Generationen schließlich einen überwiegend deutschen Charakter gewannen oder aber eine starke deutsche Minderheit aufwiesen.

Weit weniger geschlossen als im Banat, in der Batschka und Baranja siedelten Deutsche in Syrmien, Slawonien und im Kronland Kroatien. In Syrmien, dem schmalen Landstrich zwischen der Donau und der Save, lag der Schwerpunkt deutscher Siedlungen im östlichen Teil: um Semlin, Neu-Pasua und Indjija, im westlichen um Ruma und Sremska Mitrovica. Deutsche Siedlungen gleicher Größenordnung gab es in Slawonien, der Landschaft zwischen dem Unterlauf der Drau und Save, die im Westen durch die Randgebirge des Agramer Beckens begrenzt ist, nur in Esseg, Vinkovci und Vukovar.

Zahlreiche kleinere Siedlungen befanden sich in der weiteren Umgebung von Djakovo und zerstreut in den Bezirken Garesnica, Daruvar und Virovitica im westlichen Teil des Landes. In Kroatien lebte nur in der Hauptstadt Agram eine nennenswerte Gruppe von Deutschen. Das

Deutschtum in Syrmien, Slawonien und Kroatien wurde fast ausschließlich durch adlige Grundherren ins Land geholt, die schon während des ganzen 18. und in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts Siedler, darunter auch eine größere Anzahl Deutscher, herbeiriefen, um ihren Besitz rentabler zu machen.

Abgesehen von dieser Gruppe der Zuwanderer und einer Anzahl deutscher Beamten- und Handwerkerfamilien, die sich nach dem Abzug der Türken vorwiegend in den Städten, insbesondere in Esseg und Peterwardein, niedergelassen hatten, kam die Masse der deutschen Siedler erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und in dem Jahrzehnt vor dem ersten Weltkrieg in diese Landschaften, die durch Bodenbeschaffenheit und Klima, vor allem aber durch die Institution der "Militärgrenze" weniger Siedlungsmöglichkeiten boten.

Den äußeren Anstoß für die letzte Besiedlungswelle boten die Bauernbefreiung (1848), die Aufhebung des Einwandererverbots für Protestanten (1859) und die Auflösung der Militärgrenze (seit 1871). Die Siedler kamen zum überwiegenden Teil aus den Kolonisationsgebieten Südungarns, wo durch die wirtschaftliche Entwicklung die Bodenpreise hochgetrieben worden waren und es kaum noch Grund und Boden für größere Siedlerstellen gab. Viele Deutsche folgten daher dem Angebot von Grundherren in Syrmien und Slawonien, auf ihren Ländereien neue Bauernstellen zu errichten.

Ähnlich wie in der Batschka fanden sich häufig die Auswanderer aus einem Dorf oder mehreren Orten zusammen und gründeten eine Reihe von "Tochterkolonien". Weit mehr Siedler erwarben jedoch Grund und Boden in andersnationalen Dörfern und Gemeinden, wo noch Grundstücke und Äcker zu haben waren. Es kam vor, daß auch hier in Dörfern, die einst ausschließlich von Serben und Kroaten bewohnt gewesen waren, die Deutschen im Lauf der Generationen schließlich die Überzahl erlangten. In anderen, nicht selteneren Fällen gingen die deutschen Zuwanderer im fremden Volkstum auf.

Bosnien und Herzegowina waren auf dem Berliner Kongreß von 1878 dem Habsburgerstaat zur unbefristeten Okkupation überlassen worden; 1908 wurden durch die Annexionserklärung Österreich-Ungarns die Reste formaler türkischer Oberhoheit beseitigt und die Verwaltung und Stellung des österreichisch-ungarischen Reichslandes, das jetzt eine eigene Verfassung erhielt, staatsrechtlich fixiert.

In diesen Provinzen, begrenzt vom Mittellauf der Save, der Drina, dem süddalmatinischen Küstenland und den Dinarischen Alpen, lebte verstreut über das ganze Gebiet nur eine geringe Zahl von Deutschen. Schwerpunkte deutscher Besiedlung hatten sich allein im nördlichen und nordöstlichen Bosnien in den Bezirken Bosanska Gradiska, Banja Luka, Prnjavor, Bijeljina und in den von der österreichisch-ungarischen Verwaltung angelegten Industriestädten Zepce, Zavidovići und Zenica, sowie in der Hauptstadt Sarajewo gebildet.

Die Deutschen in Bosnien und der Herzegowina, die jüngste Siedlungsgruppe unter den Jugoslawiendeutschen, waren erst nach der Besetzung beider Provinzen durch österreichisch-ungarische Truppen ins Land gekommen.

Um das wirtschaftlich unerschlossene Land zu beleben, förderte die Wiener Regierung die Ansiedlung von Handwerkern und Bauern. Zu diesem Schritt wurde sie auch durch die von deutschen Trappisten gegründeten Siedlungen Windthorst und Rudolfstal angeregt, in denen sich rund 500 Familien aus dem Rheinland, Hannover und Oldenburg niederließen und in verhältnismäßig kurzer Zeit zwei blühende Dörfer schufen.

Bis 1905 wurden von der staatlichen Verwaltung 54 ärarische Siedlungen angelegt, in denen neben Polen, Ukrainern und Angehörigen anderer Völker der Anteil deutscher Siedler, zum überwiegenden Teil Galiziendeutscher, etwa zwanzig Prozent betrug. Die weitaus größte Zahl deutscher Siedler zog seit 1885 aus eigenem Antrieb nach Bosnien und in die Herzegowina. Es waren meist Landsuchende, die aus den südungarischen Siedlungsgebieten und jetzt auch schon aus Syrmien kamen.

Slowenien, das nordwestliche Grenzland zwischen Karawanken, Julischen Alpen und Uskokon, das sich ostwärts bis über den Unterlauf der Mur erstreckt, gehörte mit seinen Teilgebieten Untersteiermark, Südkärnten und Krain zu den südlichen Ausläufern des geschlossenen deutschen Sprachgebietes.

Hier hatten sich im Laufe der Jahrhunderte einige Schwerpunkte deutscher Besiedlung gebildet, die in den Städten, insbesondere Marburg, Pettau und Cilli, ihre kulturellen und wirtschaftlichen Zentren besaß. In der Krain lebte eine homogene deutsche Gruppe allein in der Gottschee, dem Hochplateau im Krainischen Karst südöstlich von Laibach, und in der Stadt Laibach selber.

Wie in fast allen Siedlungsgebieten verdankten auch die Deutschen Sloweniens ihre Anwesenheit im Land zumeist obrigkeitlichen Maßnahmen. Sie waren seit dem Ende des 10. Jahrhunderts im Gefolge deutscher Grundherren ins Land gekommen, die auf ihre teilweise dünn besiedelten Besitzungen deutsche Bauern herbeiriefen. Auch die Erzbischöfe von Salzburg, zu deren Missionsgebiet Slowenien gehörte, versuchten die Erfolge der Christianisierung durch verstärkte Ansiedlung christlicher Bauern zu festigen.

Auf eine jahrhundertelange Geschichte konnte auch die nach Slowenien älteste Siedlung des Jugoslawiendeutschtums, die deutsche Sprachinsel Gottschee, zurückblicken. Die Besiedlung des Gottscheer Ländchen geht auf die kärntnischen Grafen von Ortenburg zurück, die im 14. Jahrhundert deutsche Bauern zur Kultivierung des menschenleeren Waldgebietes ansetzten. Unter ihren Nachfolgern wurde das Werk fortgesetzt und erweitert. Seit dem 17. Jahrhundert rekrutierten sich die Siedler fast ausschließlich aus den ersten Gründungen, die sich trotz der Türkeneinfälle kräftig entwickelt hatten. -

Eine präzise zahlenmäßige Erfassung des vor dem zweiten Weltkrieg in Jugoslawien lebenden Deutschtums ist kaum möglich, da zuverlässige Unterlagen fehlen. Die Ergebnisse der österreichisch-ungarischen Volkszählung von 1910 und der jugoslawischen von 1921 und 1931 geben für dieses Gebiet in dem die staatlichen Erhebungen im Zeichen eines heftigen Nationalitätenstreits standen, kein völlig zuverlässiges Bild.

Die in diesen Volkszählungen verwendeten Erhebungsmerkmale: Muttersprache, nationales Bekenntnis und Religionszugehörigkeit, vermitteln nur annähernd mit der Wirklichkeit übereinstimmende Ergebnisse für die Bestimmung der Volkstumszugehörigkeit.

In einer Völkermischzone wie Jugoslawien, mit Gebieten unterschiedlicher politischer und kultureller Vergangenheit wurden die Umgangs-, Amts- und Hochsprachen oft nebeneinander oder vermengt gebraucht, oder ihre Geltungsbereiche überschritten sich. Die enge Verzahnung der verschiedenen Siedlungsgebiete und die Durchmischung der Nationalitäten in einzelnen Landesteilen begünstigte den Volkstumswechsel, schuf in Grenzzonen ein schwebendes Volkstum, das sich je nach Opportunität für diese oder jene Nationalität entschied oder von dem jeweiligen Staatsvolk oder dem im betreffenden Gebiet vorherrschenden Volkstum assimiliert wurde.

Diesem Prozeß, dessen Wirkungen seit dem vorigen Jahrhundert im Zeichen des Nationalstaatsgedankens und des Nationalitätenkampfes nachhaltiger wurden, unterlag auch das Deutschtum, seitdem es nach dem Zusammenbruch der habsburgischen Monarchie keinen gesamtstaatlich-dynastischen Rückhalt mehr hatte.

Die letzte jugoslawische Volkszählung vor dem Zusammenbruch des Königreichs, die Zählung vom 31.3.1931, fragte nach der Muttersprache und der Konfession. Ihre Ergebnisse wurden jedoch von den jugoslawischen Behörden nur unvollständig bekanntgemacht und erst nach der Besetzung des Landes durch deutsche Truppen von deutscher Seite veröffentlicht. Die Zählung von 1931 bildet trotz den skizzierten allgemeinen Mängeln der Nationalitätenstatistik den einzigen praktischen Anhaltspunkt, um die Stärke des Jugoslawiendeutschtums zu Beginn der 30er Jahre und für die späteren Jahre zu berechnen.

Nach den Ergebnissen dieser Volkszählung lebten in Jugoslawien 499.969 Deutsche, die Mehrzahl von ihnen in den alten Kolonisationsgebieten des Banats, der Batschka, Baranja und Syrmiens. Im Banat gaben 120.450 Deutsch als Muttersprache an, d.h. zwanzig Prozent der Gesamtbevölkerung. In 33 von 174 Gemeinden und in der Stadt Weißkirchen stellten die Deutschsprechenden die Mehrheit, in sechs Dörfern und in der Stadt Werschetz bildeten sie die stärkste Minderheitengruppe.

Die Batschka wies mit 173.058 Deutschen, die auch hier zwanzig Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten, die größte deutsche Bevölkerungsgruppe auf. In 36 von 110 Gemeinden siedelten Deutsche in absoluter, in vier weiteren in jeweils relativer Mehrheit. Die Deutschen in der Baranja, mit 15.751 Seelen oder dreißig Prozent der Gesamtbevölkerung eine verhältnismäßig kleine Gruppe, hatten in sieben Ortschaften die absolute Überzahl. Diese drei Gebiete wiesen die dichteste deutsche Besiedlung auf; im Banat und in der Baranja war das Deutschtum die stärkste nationale Minderheit, in der Batschka die zweitstärkste.

Von den rechts der Donau gelegenen Landschaften besaß allein Syrmien eine relativ große deutsche Minderheit von 49.345 Personen oder vierzehn Prozent der Gesamtbevölkerung. Obwohl in Slawonien und Kroatien 80.519 Deutsche lebten, stellten sie nur drei Prozent der Gesamtbevölkerung dar. Charakteristisch für das deutsche Siedlungsbild dieser beiden Landschaften war der vorherrschende Typus kleiner deutscher Gruppen inmitten größerer gemischtnationaler Siedlungen, insbesondere auf dem Lande.

Siedlungen, die ausschließlich oder doch fast ausschließlich von Deutschen bewohnt wurden, gab es nur wenige. In nicht mehr als elf Landgemeinden besaßen Deutsche die absolute Mehrheit, in 25 weiteren die relative. In einer Reihe von Städten lag jedoch der deutsche Bevölkerungsanteil, verglichen mit dem Landesdurchschnitt, höher, z.T. sogar beträchtlich höher. In Bosnien und der Herzegowina stellten die 15.500 Deutschen 0,6 Prozent der Gesamtbevölkerung. Nur vier Ortschaften besaßen eine deutsche Mehrheit, bzw. eine rein deutsche Bevölkerung.

Slowenien, das ehemals zur österreichischen Reichshälfte der Donaumonarchie gehört und wo das Deutschtum bis 1918 eine beherrschende Stellung innegehalten hatte, wies nach der Zählung von 1931 nur noch 28.998 Deutsche, das heißt 2,5 Prozent der Einwohnerzahl, auf. Mit Ausnahme der Orte in der Gottscheer Sprachinsel gab es nur in den Städten Marburg, Pettau und Cilli eine bedeutende deutsche Minderheit.

Der Vergleich mit den Ergebnissen der Zählungen von 1921 und 1910 zeigt einen Rückgang des Deutschtums, dem in den einzelnen Siedlungsgebieten verschiedene Ursachen zugrunde lagen. In den ehemals südungarischen Gebieten war es vor allem die Madjarisierung, die mit der Apponyischen Schulgesetzgebung von 1907 und den Maßnahmen der ungarischen Verwaltung in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg ihren Höhepunkt erreicht und zur Folge hatte, daß sich zahlreiche Deutsche zum Madjarentum bekannten.

Dieser Prozeß wurde zwar unterbrochen, als das Gebiet an Jugoslawien fiel und die neuen Behörden das deutsche Element für den südslawischen Staat zu gewinnen und dem madjarischen Einfluß zu entziehen versuchten, um ungarischen Revisionsansprüchen zu begegnen. Das anfängliche Entgegenkommen ließ jedoch nach, als sich die außenpolitische Situation des jugoslawischen Staates gefestigt hatte und die Nationalisierung der ehemals südungarischen Gebiete in den Vordergrund des staatlichen Interesses trat, was sich auch in den Methoden und Ergebnissen der Volkszählungen niederschlug.

Diese Entwicklung kann jedoch ebenso wenig wie die Abwanderung österreichisch-ungarischer Beamter und Militärpersonen nach 1918 allein den Rückgang erklären. Weit stärker wirkte sich auf die Bevölkerungszahl der Geburtenrückgang unter den Deutschen aus. In den wirtschaftlich starken Familien, vor allem unter den Bauern der Batschka, herrschte wegen der fehlenden Realteilung das "Ein- oder Zweikinder-System" vor und griff auch auf die sozial

schwächeren Bevölkerungsschichten über.

In den ehemaligen südungarischen Gebieten wurde mit der Eingliederung in Jugoslawien der Madjarisierungsprozeß, der neben dem Geburtenrückgang den Bestand des Deutschtums beeinträchtigt hatte, unterbrochen; dagegen setzte sich unter dem Streudeutschtum in Kroatien und Slawonien die Kroatisierung weiter fort, ja, sie verstärkte sich sogar.

Am unmittelbarsten waren ihr jene Gruppen ausgesetzt, die als schwache Minderheiten in kroatischen Dörfern lebten, wirtschaftlich abhängig und nicht in der Lage waren, eigene Schulen zu unterhalten. Ohne Kontakt zu ihren Landsleuten und einem harten Existenzkampf ausgesetzt, suchten sie sich ihrer Umgebung anzupassen und gingen schließlich im Kroatementum auf. Diese Entwicklung wurde erst eingedämmt, als in den 30er Jahren die kulturellen und wirtschaftlichen Organisationen der deutschen Minderheit ihre Erfassungs- und Betreuungsarbeit auch auf das Streudeutschtum auszudehnen versuchten.

Am auffallendsten war nach dem ersten Weltkrieg der Rückgang des Deutschtums in Slowenien, der, soweit der Vergleich der Volkszählungsergebnisse von 1910 und 1921 Schlüsse zuläßt, 62 Prozent betrug. Hier hatte bereits gegen Ende des vorigen Jahrhunderts das national erwachte Slowenentum sich von dem deutschen kulturellen und wirtschaftlichen Einfluß zu emanzipieren begonnen und auf Kosten des Deutschtums ausgebreitet.

Der völlige Umsturz der bestehenden politischen Verhältnisse nach dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns gab den Slowenen freie Bahn, um ihre national-völkischen Ziele durchzusetzen. Ehe noch die Friedensverträge die staatspolitischen Veränderungen sanktionierten, hatten die Slowenen bereits begonnen, möglichst viel von dem zu beseitigen, was an die vielhundertjährige Verbindung mit Österreich erinnerte.

Tausende von Deutschen, insbesondere österreichische Beamte und Angehörige freier Berufe, wurden gezwungen, das Land zu verlassen. Viele andere wanderten ab, weil behördliche Anordnungen und Boykottmaßnahmen zum Verlust ihrer wirtschaftlichen Existenz führten. Nicht gering war aber auch die Zahl derer, die, um dies zu vermeiden und den politischen und wirtschaftlichen Repressalien zu entgehen, es vorzogen, von nun ab sich als Slowenen auszugeben.

Parallel zu dieser Rückwanderung von Deutschen nach Österreich in den ersten Nachkriegsjahren lief eine starke Auswanderung nach Übersee. Nach amtlichen Statistiken wanderten allein in den 20er Jahren 29.083 Deutsche nach Übersee aus.

Wenn auch für die folgenden Jahre bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges keine amtlichen Unterlagen für die Abwanderung von Deutschen aus Jugoslawien zur Verfügung stehen, so darf doch angenommen werden, daß dieser Vorgang unvermindert anhielt, zumal da in der zweiten Hälfte der 30er Jahre zahlreiche Volksdeutsche aus Jugoslawien im Reich Arbeit fanden.

Berücksichtigt man einerseits den geringen Geburtenzuwachs, andererseits den Rückgang der Madjarisierung und Kroatisierung, so wird man die Zahl der Deutschen bei Ausbruch des Krieges mit rund 500.000 ansetzen dürfen.

## **2. Wirtschaftlich-soziale Struktur.**

Als Bauern und bäuerliche Handwerker waren die Vorfahren der Jugoslawiendeutschen ins Land gekommen und bis 1944 lebten sie zum überwiegenden Teil von Landwirtschaft und Gewerbe, in denen ihr Anteil den an der Gesamtbevölkerung übertraf. In der Woiwodina, der zwischen Donau und der jugoslawisch-rumänischen Staatsgrenze liegenden Landschaft, die sich aus den 1918 von Ungarn abgetrennten Teilen des Banats, der Batschka und Baranja zusammensetzte, lebten 84 Prozent der donauschwäbischen Bevölkerung in Landgemeinden, und 65 Prozent der Land- und dreißig Prozent der Stadtbewohner waren in der Landwirtschaft tätig.

Es ist jedoch dabei zu berücksichtigen, daß davon nur eine Minderheit über genügend Boden



verfügte, um eine Familie ernähren zu können. Zahlreiche Landwirte waren Zwergbesitzer mit Eigentum bis zu fünf Joch. Die häufig anzutreffende Klischeevorstellung von der Volksgruppe, die sich nahezu ausschließlich aus reichen Bauern zusammensetzte, ist daher durchaus irreführend.

Die zunehmende Mechanisierung der Landwirtschaft und die steigende Bodenrente in der Hand des relativ kleinen Bevölkerungsteils der wohlhabenden Bauern führte allerdings zu einer gesellschaftlichen Vorrangstellung dieser Schicht in der Volksgruppe, woraus sich eine starke soziale Differenzierung ergab.

Der Anteil der Deutschen an Handel und Gewerbe, vor allem am Handwerk, war ebenfalls nicht gering. In den Städten zählten mehr als vierzig Prozent, auf dem Lande wenig unter dreißig Prozent der deutschen Bewohner zu diesen Wirtschaftsgruppen; übertroffen wurde dieser Anteil nur von der madjarischen Bevölkerung.

Es entwickelte sich vor allem in den Städten ein gewerblicher Mittelstand, der zusammen mit dem wirtschaftlich erstarkenden Bauerntum die Voraussetzung dafür schuf, daß sich nach der Abwanderung der madjarischen Intelligenz in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg neben der serbischen auch eine deutsche führende Gesellschaftsschicht herausbilden konnte.

Erst jetzt begann der soziale Aufbau der Volksgruppe sich zu vervollständigen, nachdem die bisher mit dem gesellschaftlichen Aufstieg verbundene Madjarisierung eingedämmt war. Es waren vornehmlich freie Berufe, besonders die des Apothekers und Arztes, in denen sich Deutsche behaupten konnten.

Der Anteil der deutschen Minderheit am Kommunal- und Staatsbeamtentum blieb dagegen verschwindend gering und gab Anlaß zu begründeten Beschwerden. Gering war auch die Zahl der Industriearbeiter, die auf rund 15.000 Personen geschätzt wurden. Sie waren vorwiegend in der Hanf-, Nahrungsmittel- und Textilindustrie sowie in Ziegeleien beschäftigt, d.h. in Industrien, die starken Konjunkturschwankungen unterlagen.

Das Rückgrat der wirtschaftlichen Organisation der Deutschen bildeten die Genossenschaften, von denen die 1922 (1.10.) gegründete landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft mbH. "Agraria" in Neusatz die bedeutendste war. Mit Hilfe der Sparstockwirtschaft konnte das notwendige billige Betriebskapital für die Genossenschaften beschafft werden.

1927 wurde die "Agraria" geteilt. Die unter dem alten Namen weiterbestehende Institution blieb als Warenzentrale erhalten, während die aus der 1926 gegründeten Kreditabteilung der "Agraria" hervorgehende "Landwirtschaftliche Zentral-Darlehens-Kasse" den Geldverkehr übernahm und sich als Dachorganisation über den "Bauernhilfen", den lokalen Spar- und Darlehenskassen, erhob. 1927 zählte sie 76 örtliche Kreditgenossenschaften mit 6.097 Mitgliedern; das Geschäftsanteile-Kapital betrug 1.120.000 Dinar, während die Spareinlagen sich auf 29,5 und die Darlehensbeträge auf 35,3 Millionen Dinar beliefen.

Trotz der auch auf Jugoslawien einwirkenden Weltwirtschaftskrise machte diese genossenschaftliche Entwicklung weitere Fortschritte: Ende 1932 gehörten der Zentral-Darlehens-Kasse 154 Kreditgenossenschaften mit 20.228 Mitgliedern an, das Geschäftseinlage-Kapital war auf 3,13 Millionen Dinar, die Rücklagen waren auf 4,3 Millionen Dinar, die Sparbeträge auf 88,5 Millionen Dinar und die Darlehen auf 108 Millionen Dinar gestiegen. Im Jahre 1934 wurden schon 332 Ortsgenossenschaften mit 45.000 Mitgliedern gezählt.

Unter der energischen Leitung von Dr. Stefan Kraft, Johann Keks und erfahrenen Fachleuten entfalteten sich diese Organisationen der Selbsthilfe mit dem Schwergewicht in der Woiwodina und in Syrmien. Vergleichbar mit dem freilich noch umfassenderen "spoleczenstwo" der preußischen Polen vor dem ersten Weltkrieg, formte sich auch in Jugoslawien ein eigenes Gemeinwesen der deutschen Volksgruppe, in dem die wohlhabenden Bauern ein unverkennbares Übergewicht besaßen.

Bezeichnend für die fast völlig auf die Landwirtschaft ausgerichtete soziale Struktur der deut-

schen Minderheit und die Haltung ihrer führenden Männer war, daß die nicht in der Landwirtschaft Tätigen in den deutschen wirtschaftlichen Organisationen fast unbeachtet blieben, wenn es auch an Versuchen einzelner Männer nicht fehlte, gerade diesen Familien auf genossenschaftlichem Wege zu helfen.

Die deutsche Bevölkerung Syrmiens wies eine ähnliche gesellschaftliche Struktur auf wie die der benachbarten Woiwodina. Wenn auch 47 Prozent der deutschen Bewohner in Städten - fast ausschließlich in ausgeprägten Landstädten - wohnten, so war doch die Landwirtschaft der bedeutendste Erwerbszweig.

Das Slawoniendeutschtum besaß zwar auch in der Landwirtschaft sein sozialstrukturelles Schwergewicht, verfügt jedoch über einen recht hohen Anteil der in Handel, Gewerbe und Industrie Beschäftigten und zeigte in seiner Struktur große Ähnlichkeit mit dem Deutschtum in Bosnien und der Herzegowina, von dem 57 Prozent in der Landwirtschaft und 28 Prozent in Industrie und Handwerk tätig waren.

Einen von den übrigen deutschen Siedlungsgruppen abweichenden sozialen Aufbau besaßen die Deutschen in Slowenien, jener Landschaft, die schon unter österreichischer Verwaltung über eine gut entwickelte Industrie verfügt hatte. Nach der Eingliederung in das Königreich Jugoslawien war zwar die wirtschaftliche und soziale Vorrangstellung der Volksdeutschen durch behördliche Maßnahmen eingeschränkt worden. Dennoch behielt das Deutschtum noch immer eine starke Position in Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe.

In der Gottscheer Sprachinsel herrschte zwar die Landwirtschaft als wichtigster Beruf vor, aber die durch Erbteilung bedingten Klein- und Zwergwirtschaften und der karge Karstboden reichten für den Lebensunterhalt der Familien nicht aus, so daß sich viele Gottscheer außerhalb der Sprachinsel in der Industrie, Land- und Forstwirtschaft verdingten oder aber den Hausierhandel als zusätzliche Erwerbsquelle betrieben. Der wirtschaftliche Notstand trieb aber auch viele zur Auswanderung, vorwiegend nach Nordamerika. Die Unterstützungen, die von dort aus in die Heimat flossen, waren beträchtlich.

### **3. Konfessionelle Gliederung, Deutsches Schulwesen und jugoslawische Kulturpolitik.**

Von der deutschen Bevölkerung Jugoslawiens bekannten sich 1931 383.674 Personen zur katholischen Kirche und 100.806 zu protestantischen Kirchengemeinschaften, die übrigen zu anderen Konfessionen. Der größte Teil der Protestanten gehörte dem evangelisch-lutherischen Bekenntnis an und konstituierte sich auf Grund des Gesetzes vom 17.4.1930 zur "Deutschen Evangelischen Christlichen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses im Königreiche Jugoslawien" unter einem Bischof mit dem Sitz in Agram.

Bis zum Zusammenbruch Jugoslawiens stand ihr der aus Bezanija bei Franztal stammende Bischof Philipp Popp vor, der nach 1945 zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde; weltlicher Kirchenpräsident war Dr. Wilhelm Roth aus Groß-Kikinda. Die stärkste Verbreitung besaß das evangelische Glaubensbekenntnis in der Batschka, dem Banat, in Bosnien und Slowenien, wo evangelische Deutsche unter Joseph II., und dann wieder nach der Aufhebung des Einwanderungsverbotes für Protestanten von 1859 fast ausschließlich in geschlossenen Gemeinden angesiedelt worden waren.

Die deutsche Kirchensprache bildete eine wesentliche Stütze für die Erhaltung des Volkstums, gefördert durch die Ausbildung der Geistlichen auf deutschen Hochschulen. Die eigene Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche A. B. vom 20.12.1930 sicherte ihren deutschen Charakter.

Größere Schwierigkeiten, die deutsche Kirchensprache und ihr Volkstum zu erhalten, hatten die deutschen evangelisch-reformierten Gemeinden, die vorwiegend in der Batschka lagen. Sie gehörten der "Reformierten Christlichen Kirche Südslawiens" an, in der das Madjarentum das Übergewicht besaß. Der madjarische Einfluß wurde durch den Zusammenschluß der deutschen Gemeinden zu einem eigenen Seniorat in Neuwerbaß am Anfang der 30er Jahre einge-

schränkt.

Für die deutsche katholische Bevölkerung wurden durch die Eingliederung der ehemals süd-ungarischen Gebiete Jugoslawiens kirchenpolitisch und -organisatorisch schwierige Probleme aufgeworfen. Das Banat, das zur Tschanader Diözese (Temeschburg) gehört hatte, wurde 1923 zur Apostolischen Administratur erklärt, ebenso wie die früher zum ungarischen Bistum Kalosza gehörende Batschka. Während die deutschen Katholiken innerhalb des Banater Administraturbezirks eine schwache Mehrheit besaßen, überwog in der Batschka das madjarische und slawische Element.

Die Pfarrer in den deutschen Mehrheitsgemeinden entstammten dem einheimischen Volkstum, doch sowohl im Banat und in der Batschka, als auch in der Baranja und in Syrmien, die zum Bistum Djakovo gehörten, nahmen vor allem die älteren Geistlichen in den volkspolitischen Fragen eine indifferente Haltung ein.

Dies war eine Folge der konsequenten Madjarisierungspolitik der vergangenen Jahrzehnte, die alle im Bereich der Stephanskronen lebenden Nationalitäten unter Führung der madjarischen Kultur und Sprache zu vereinheitlichen und ihre Ziele durch das madjarisierte Schulwesen, aber auch durch die kirchlichen Institutionen zu erreichen suchte.

Daraus ergab sich ein kultureller und geistiger Abstand zwischen dem auf madjarischen oder kroatischen Hochschulen und Priesterseminaren ausgebildeten Klerus und der deutschsprechenden Bevölkerung, der sich z.T. auch nachteilig auf das religiöse Leben in den einzelnen Gemeinden auswirkte. Erschwerend trat hinzu, daß sich Klerus und Gläubige der aus den bisherigen staatlichen und kirchenorganisatorischen Bindungen gerissenen Gebiete einer neuen, lange ungeklärten kirchenpolitischen Situation gegenübersehen.

Dazu kamen nationalkirchliche Tendenzen und Kroatisierungsbestrebungen, denen das katholische Deutschtum ausgesetzt war. Die auch gegen kirchlichen Grundbesitz rigoros durchgeführte Agrarreform entzog zahlreichen Kirchengemeinden und kirchlichen Institutionen den wirtschaftlichen Rückhalt. Die Vereinstätigkeit im kirchlichen und sozialen Bereich wurde durch die jugoslawischen Behörden behindert, was von den deutschen Gemeinden als ungerechtfertigte und unbegründete Maßnahme empfunden wurde.

Als Ausbildungsstätten der katholischen Geistlichen standen nur kroatische Anstalten in Djakovo, Sarajevo und Split, sowie das Priester-Seminar in Agram zur Verfügung. Nur wenige Geistliche, z.B. Ende der 20er Jahre acht aus dem Banat, hatten die Möglichkeit, an deutschen Hochschulen zu studieren.

Dennoch wurde die Haltung der deutschstämmigen katholischen Geistlichen vor allem in der jüngeren Generation zunehmend volksbewußter; eine aktive Mitarbeit an der Pflege und Erhaltung des Volkstums zeigte sich allerdings erst in späteren Jahren, dann vielfach als Gegenbewegung gegen die Bestrebungen der "Erneuerer" und den Einfluß nationalsozialistischer Ideen auf die Volksgruppenorganisation der Vorkriegsjahre.

Die jahrelange Zurückhaltung und das Mißtrauen der katholischen Geistlichkeit gegenüber der zentralisierten Volkstumsarbeit des "Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes", in dem sie protestantisierende Tendenzen wahrzunehmen glaubte, hat sie in eine gewisse Isolierung gegenüber der Volkstumsbewegung geführt, aus der sie sich erst in den letzten Jahren vor der Vertreibung zu lösen begann. Nur in der Gottschee betätigte sich der Klerus aktiv in den volkspolitischen Institutionen dieser Siedlungsgruppe. Spannungen zwischen ihm und den Volkstumsorganisationen traten dort kaum auf.

Mit Ausnahme von Slowenien, das ehemals zur österreichischen Reichshälfte gehört und beim Übergang dieses Gebietes an Jugoslawien über eine hochentwickelte deutsche Schulorganisation mit Kindergärten, Volks-, Mittel- und Fachschulen, Lehrerseminaren und Privatschulen verfügt hatte, konnte in den anderen Gebieten von einem ausgebauten deutschen Schulwesen kaum die Rede sein. Im Zug der vor dem Ersten Weltkrieg konsequent betrieb-

nen Madjarisierungspolitik war in den südungarischen deutschen Siedlungsgebieten das seit der Ansiedlung bestehende deutsche Schulwesen aufgelöst worden.

Nur eine Anzahl konfessioneller Volksschulen, vorwiegend in den evangelischen Gemeinden, blieb erhalten. Das gleiche traf auch für die deutschen Siedlungen in Kroatien zu, wo die autonome kroatische Schulgesetzgebung zwar von der Tendenz nicht frei war, die Andersnationalen zu assimilieren, aber die deutschen Schulen nicht ganz unterdrückte.

Gegenüber diesen in den einzelnen Gebieten verschiedenen Schulverhältnissen war die Schulpolitik der neuen jugoslawischen Behörden keineswegs einheitlich. In der Wojwodina wurde von den Behörden, bald nach der Besetzung dieses Gebietes durch serbische Truppen die Umwandlung aller von deutschen Kindern besuchten Schulen in deutsche gefördert; an den früher deutschen Gymnasien in Neuwerbaß und Werschetz wurde wieder die deutsche Unterrichtssprache eingeführt, in Hatzfeld die Errichtung eines deutschen Realgymnasiums gestattet.

Vertreter der Volksgruppe konnten mit den zuständigen Behörden über die Berufung geeigneter deutscher Lehrer aus Österreich und Deutschland verhandeln, um den großen Lehrermangel zu beheben.

Dieses im Vergleich zu den anderen Siedlungsgebieten ungewöhnliche Entgegenkommen der jugoslawischen Behörden entsprang weniger dem Willen, die berechtigten Wünsche der Deutschen auf kulturellem Gebiet zu befriedigen, als vielmehr der Absicht, die Gefahr einer madjarischen Irredentabewegung im nördlichen Grenzgebiet zu bannen und die deutsche Minorität für die eigenen politischen Ziele und Gebietsansprüche zu gewinnen.

Während in Kroatien und Slawonien die Zustände unverändert blieben, setzte in Slowenien sofort nach der Beseitigung der österreichischen Verwaltung eine vor Willkürmaßnahmen nicht zurückschreckende Kampagne gegen das deutsche Element ein. Binnen kurzem wurde die gut ausgebaute deutsche Schulorganisation zerstört. Selbst private Anstalten gingen in slowenischen Besitz über. Das Deutschtum hatte in Slowenien fast alle seine Schulen verloren, noch bevor durch die Verordnung des Unterrichtsministers Pribičević vom Sommer 1922 das gesamte Schulwesen in Jugoslawien verstaatlicht wurde.

Von nun ab gab es nur noch serbische, kroatische und slowenische Schulen, an denen für die Minderheiten auf Antrag der Erziehungsberechtigten von mindestens 30 Kindern Parallelabteilungen errichtet werden sollten. Doch selbst die Errichtung dieser Klassen suchten die Behörden vor allem mit dem Mittel der fragwürdigen Namensanalyse zu unterdrücken, derzufolge entgegen dem Wunsch der Erziehungsberechtigten die Kinder mit slawischen Namen, oft auch dann, wenn nur ein Großelternanteil einen slawischen Namen trug, zum deutschen Unterricht nicht zugelassen und den slawischen Schulen zugewiesen wurden.

Obwohl nach wiederholten Protesten der deutschen Abgeordneten dieser Erlaß zunächst für die Wojwodina und später auch für Slowenien aufgehoben wurde, hielten die subalternen Behörden vor allem in Slowenien und Slawonien-Kroatien ihre Praxis aufrecht. Nicht minder nachteilig für die Schulbildung erwies sich der für die Parallelklassen angeordnete Lehrplan: nach ihm wurde die Staatssprache bereits vom 1. Schuljahr ab gelehrt und rückte nach dem 4. Schuljahr zur Unterrichtssprache auf.

Außerdem wurde nach der Verstaatlichung der Schulen die Übernahme der Lehrer in den Staatsdienst davon abhängig gemacht, daß sie eine Sprachprüfung in der Staatssprache innerhalb eines kurzen Zeitraumes ablegten. Zahlreiche deutschstämmige Lehrer wurden in den Ruhestand oder an andersnationale Schulen versetzt.

Durch alle diese Maßnahmen vergrößerte sich der ohnehin beträchtliche Lehrermangel für die deutschen Parallelklassen. Serbische oder kroatische und slowenische Lehrkräfte, die oft die deutsche Sprache nur mangelhaft beherrschten, wurden für den Unterricht der deutschen Kinder herangezogen.

Die schulpolitische Situation der deutschen Minderheit wurde noch dadurch verschlechtert, daß bis zum Jahre 1929 - mit Ausnahme von Altserbien - eine gesicherte Rechtsordnung des Schulwesens fehlte und dieses ausschließlich auf ministeriellen Verordnungen beruhte. Diese waren nicht selten von parteipolitischen und persönlichen Erwägungen beherrscht.

Zugeständnisse des einen Ministers, die oft erst nach mühsamen Verhandlungen durch die Abgeordneten oder kulturpolitischen Organisationen der Minderheit erwirkt worden waren, wurden von anderen wieder aufgehoben. Von einem Schulrecht der deutschen Minderheit konnte unter diesen Bedingungen genau so wenig die Rede sein wie von dem einer anderen Minorität.

Erst nachdem das Volksschulwesen durch das Gesetz über die Volksschulen vom 5.12.1929 gesetzlich geregelt war, konnten auf Grund von vier Verordnungen des Unterrichtsministeriums vom 1.9.1930, 14.2.1931, 24.1. und 3.4.1933, welche die Vertreter der deutschen Minderheit nach langwierigen Verhandlungen erzielten, die Voraussetzungen für den Aufbau eines deutschen Volksschulunterrichts geschaffen werden. Damit waren die im Minderheitenschutzvertrag vom 10.9.1919 garantierten nationalkulturellen Rechte wenigstens teilweise in die schulpolitische Praxis umgesetzt.

Durch diese Verordnungen wurde die Namensanalyse verboten, die Berücksichtigung der Familiensprache vorgeschrieben, das Deutsche in den ersten vier Klassen als Unterrichtssprache belassen und nur vier Stunden Unterweisung in der Staatssprache vom 3. Schuljahr ab vorgeschrieben. In der 5. und 6. Klasse mußten zusätzlich die sogenannten nationalen Fächer, Geschichte und Geographie, in serbokroatischer Sprache gelehrt werden. Das vertrug sich nicht mit den Vorschriften des § 45 des Volksschulgesetzes, in dem festgesetzt worden war, daß "der Unterricht ... in der Muttersprache der Schüler erteilt" werden müsse.

Ebensowenig ließ sich der Fortfall des deutschen Unterrichts im 7. und 8. Schuljahr und die Tatsache, daß noch immer Kinder aus Mischehen, deren Väter südslawischer Nationalität waren, allein in Schulen mit staatlicher Unterrichtssprache eingeschrieben wurden, mit dem Minderheitenschutzgesetz vereinbaren; denn seine Artikel 8 und 9 garantierten den Angehörigen der verschiedenen, nicht zu den drei Staatsvölkern gerechneten Nationalitäten den freien Gebrauch ihrer Muttersprache im Unterrichtswesen.

Im Rahmen dieser im ganzen jedoch nicht ungünstigen Ordnung des Volksschulwesens gelang es, die Zahl der deutschen Parallelabteilungen an den Volksschulen zu erhöhen. Dem Lehrermangel wurde durch die Errichtung einer privaten deutschen Lehrerbildungsanstalt in Groß-Betschkerek im Oktober 1931, die im Herbst 1933 nach Neuwerbaß verlegt wurde, abgeholfen. Zugleich genehmigte die Verordnung vom 1.9.1930 die Errichtung von privaten deutschen Kindergärten und die Organisation von Analphabetenkursen.

Um alle diese privaten Anstalten zu unterhalten, gründeten die Kultur- und Wirtschaftsorganisationen der deutschen Minderheit im Jahre 1931 die "Schulstiftung der Deutschen des Königreichs Jugoslawien", die allerdings erst 1933 von Unterrichtsminister R. Stanković genehmigt wurde. Sie übernahm den Hauptanteil an der Finanzierung der privaten deutschen Schulen und der übrigen kulturellen Einrichtungen und erhielt sich durch Beiträge der gesamten Minderheit.

Damit - waren wesentliche Fortschritte erzielt, sogar von der Bestimmung des jugoslawischen Gesetzes über die Lehrerausbildung vom 27.9.1929, die die Eröffnung privater Lehrerbildungsanstalten verbot, wurde zugunsten der deutschen Minderheit eine Ausnahme gemacht. Überhaupt konsolidierte sich zu Beginn der 30er Jahre auf kulturpolitischem Gebiet die Lage der Volksgruppe, wenn auch weiterhin die Schulfrage die volle Aufmerksamkeit der politischen Repräsentanten der deutschen Volksgruppe erforderte.

Bezeichnenderweise wurden Zugeständnisse im Schulwesen meist erst durch Wahlabsprachen und den Beitritt der deutschen Abgeordneten zur Regierungspartei ermöglicht. Dadurch konn-

te der Rückhalt bei der Belgrader Zentralregierung verstärkt werden; gelegentlichen Willkürmaßnahmen und Schikanen der lokalen und regionalen Behörden konnte nicht zuletzt aus außenpolitischen und wirtschaftlichen Rücksichten auf das Deutsche Reich die Spitze abgebrochen werden.

Wenn sich so die Lage im Schulwesen ganz beträchtlich verbesserte, so ist es doch nicht gelungen, die prinzipielle Spannung zwischen dem großserbischen Unifizierungswillen im jungen südslawischen Staat und den selbstbewußter vertretenen national-kulturellen Ansprüchen der deutschen Minderheit zu beseitigen und eine beide Teile auf die Dauer befriedigende Lösung zu erreichen.

#### **4. Politische Struktur des Deutschtums und sein Verhältnis zum Staat bis zur Zerschlagung Jugoslawiens.**

Mit Ausnahme der slowenischen Gebiete und der vom gemeinsamen österreichisch-ungarischen Finanzministerium verwalteten Provinzen Bosnien und Herzegowina gehörten die deutschen Siedlungsgebiete, die in den neuen südslawischen Staat eingegliedert wurden, der ungarischen Reichshälfte an.

Ihre Bewohner, die ihrer Herkunft nach nicht einheitlich waren, wurden unter dem Namen der Donauschwaben zusammengefaßt. Ohne ein politisch bewußtes nationales Zusammengehörigkeitsgefühl betrachteten sie sich als loyale Staatsbürger dem ungarischen Staat verbunden und traten zunächst entschieden der Zerstückelung der Monarchie entgegen.

Dem Beispiel der anderen Nationalitäten folgend, bildeten sie nach der Proklamation der ungarischen Republik einen "Schwäbischen Nationalrat" unter Dr. O. Roth, der in einem Manifest vom 8.12.1918 in Temeschburg die Forderung des Serbischen Nationalrats in Neusatz und des rumänischen in Karlsburg, das Banat von Ungarn abzutrennen, ablehnte. Diese Haltung bewahrten die Donauschwaben auch in den folgenden Jahren bis zur endgültigen Grenzregelung; sie trat nur zeitweilig zugunsten der Forderung nach einer Autonomie der südungarischen Gebiete zurück.

Da für diese Deutschen, im Gegensatz zu den umwohnenden Rumänen und Slawen, nicht die Möglichkeit gegeben war, staatlichen Anschluß an ihr Muttervolk zu finden, stand ihnen allein die unsichere Aussicht vor Augen, den Staat, der ihnen zum Vaterland geworden war, gegen einen anderen, fremden vertauschen zu müssen. Seinen drei Staatsvölkern die Superiorität zuzuerkennen, mußte ihrem Selbstbewußtsein schwerfallen.

Andererseits lag es für eine Minderheit, die sich ihres deutschen Volkstums bewußt war, nahe, die Separationsbestrebungen der Rumänen und Serben zu unterstützen; denn nur eine Loslösung vom ungarischen Staat konnte die Masse des Deutschtums dem madjarischen kulturellen Einfluß entziehen.

So wurden unter der Parole "Los von Ungarn" in den Städten und Dörfern "Deutschschwäbische Klubs" gegründet, in denen ein kulturelles Deutschbewußtsein geweckt werden sollte; manche Kreise des Deutschtums zeigten sich dem Werben von rumänischer und serbischer Seite zugänglich, die beide Anspruch auf das Banat erhoben.

Die Mehrheit der donauschwäbischen Bevölkerung blieb jedoch ungarfreundlich und lehnte dieses Vorgehen ab. Überbrückt wurde der Gegensatz erst durch den Protest, den die deutsche Bevölkerung der Woiwodina gegen die auf der Pariser Friedenskonferenz beschlossene Teilung des Banats erhob. Diese Grenzziehung zerstückelte das Banat zwischen Jugoslawien, Rumänien und Ungarn, sie schlug außerdem die Batschka und das Baranjadreieck zu Jugoslawien, das damit einen großen Teil der donauschwäbischen Siedlungsgebiete erwarb.

Die Deutschen in diesem Gebiet wurden, in ihrer überwiegenden Zahl widerstrebend, aus alten politischen Bindungen gerissen und in völlig veränderte Verhältnisse gestellt. Von ihren Landsleuten in der nächsten Nachbarschaft wurden sie getrennt; mit anderen deutschen Gruppen zusammen, mit denen sie kein Zusammengehörigkeitsgefühl verband, sahen sie sich als

nationale Minderheit in einen neuen Staat versetzt, der selbst mit einer Fülle außen- und innenpolitischer Probleme belastet war und bis zu seinem Ende im Jahre 1941 sich niemals ganz konsolidieren konnte.

Das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen faßte die drei ethnisch nahe verwandten südslawischen Völker zu einem Staat zusammen, ohne aber in den beiden folgenden Jahrzehnten die Verschiedenheiten und Gegensätze überwinden zu können, die sich aus der bisher unterschiedlichen historischen Entwicklung dieser Völker und ihrer Siedlungsgebiete ergaben. Der Führungsanspruch der Serben, die für einen zentralistischen Aufbau des Staates eintraten, ihn an die mittelalterliche Tradition des serbischen Zarenreiches binden und diese auch den neuen Gebieten zu vermitteln suchten, stieß auf den entschiedenen Widerstand der Kroaten und auf deren Forderungen nach einem föderativen Staatsaufbau.

Während sich außenpolitisch die Stellung Jugoslawiens durch die vertragliche Sicherung der neuen Grenzen und den Abschluß eines Bündnissystems festigte, blieben die von dem serbisch-kroatischen Gegensatz überschatteten innenpolitischen Probleme größtenteils ungelöst. Die jeweilige außen- und innenpolitische Konstellation wirkte sich auch auf das Verhältnis der drei Staatsvölker zu den in ihren Siedlungsgebieten lebenden Minderheiten und auf deren Behandlung durch die lokalen und zentralen Behörden aus.

Die deutsche Bevölkerung, die in geschlossenen oder verstreuten Siedlungsgebieten in Jugoslawien lebte und sich, soweit sie der Doppelmonarchie angehörte, bis zu deren Zerfall als Glied des Staates gefühlt hatte, wurde nun zu einer über die neue staatliche Ordnung enttäuschten Minderheit, die ein Gruppenbewußtsein erst mühsam gewinnen mußte.

Die gegen sie gerichteten Maßnahmen zunächst in den slowenischen, dann auch in den ehemals südungarischen Gebieten, erschwerten ihre Hinwendung zum SHS-Staat, dem sie sich gleichwohl loyal unterstellten. Gerade die gegen das Deutschtum gerichteten Maßnahmen haben die Entstehung eines Gemeinschaftsbewußtseins der über das ganze Land verstreuten deutschen Bevölkerungsgruppen gefördert.

Von seinen bisherigen kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen durch die neuen Grenzen abgeschnitten oder wie in Slowenien durch politische Maßnahmen seiner organisatorischen und kulturellen Institutionen beraubt, richtete das Streudeutschtum seinen Blick auf das zusammenhängende deutsche Siedlungsgebiet der Woiwodina mit dem Zentrum in Neusatz. Dieses wurde der Ausgangspunkt der Bestrebungen, die deutsche Bevölkerung organisatorisch zu erfassen, sie kulturell und wirtschaftlich zu stützen und in ihr ein Bewußtsein volklicher Eigenart zu wecken. Dieser Prozeß vollzog sich allerdings nur allmählich und war noch nicht abgeschlossen, als der deutsche Angriff im Frühjahr 1941 die Zerschlagung Jugoslawiens einleitete.

Die Entfaltung einer solchen Initiative unter den Deutschen der Woiwodina war deshalb möglich, weil hier die jugoslawischen Behörden die deutsche Bevölkerung für den neuen jugoslawischen Staat zu gewinnen und dem madjarischen Einfluß zu entziehen trachteten. So gewährte sowohl die in Neusatz errichtete Provisorische Provinzialregierung wie auch die Zentralregierung in Belgrad den Deutschen in der Woiwodina wesentliche Zugeständnisse auf kulturpolitischem Gebiet, vor allem im Schulwesen.

In den von deutschen Kindern besuchten madjarischen Schulen wurde die deutsche Unterrichtssprache eingeführt, neue Volks- und Bürgerschulen wurden errichtet, deutsche Zeitungen gegründet, die für die Erhaltung des Volkstums eintraten. Gerade im Zeitungswesen ist dem Deutschtum auch fortan ein Bereich relativ unbehelligten Wirkens erhalten geblieben.

Der Anstoß für die volkspolitische Arbeit ging von einer kleinen Gruppe deutscher Akademiker aus, die meist der jüngeren Generation angehörten. In Verhandlungen mit den regionalen und zentralen jugoslawischen Behörden suchten sie die bisherigen kulturpolitischen Erfolge zu sichern und gründeten am 20.6.1920 den "Schwäbisch-Deutschen Kulturbund" mit dem

Sitz in Neusatz.

Ziel des Kulturbundes war laut seinen Satzungen die Pflege der Volkstumsüberlieferung, die Verbreitung von Büchern, Kunstwerken, Musikalien und Filmen, die Einrichtung und Förderung von Bibliotheken und anderen, der Volksbildung dienenden Institutionen, die Veranstaltung von Vorträgen und künstlerischen Darbietungen, die Ausbildung deutscher Lehrer und Geistlicher und die Förderung der sozialen Fürsorge und von wirtschaftlichen Einrichtungen. In den Jahren bis 1924 gelang es, während der ersten Aufbauphase in der Woiwodina und in Syrmien 128 Ortsgruppen mit insgesamt 55.000 Mitgliedern zu errichten.

Wegen der Schwierigkeiten, die dem Kulturbund sowohl aus den Behinderungen durch die lokalen Behörden wie aus der nationalen Indifferenz der deutschen Bevölkerung bei seiner Arbeit erwuchsen, breitete er sich zuerst nur über die Woiwodina und einzelne deutsche Siedlungen Syrmiens aus, ohne daß er zugleich in Slawonien, Kroatien und in Slowenien Fuß fassen konnte.

In dem Maße, wie sich die außenpolitische Position des jugoslawischen Staates gegenüber Ungarn festigte, empfanden Regierungskreise die Herausbildung einer geschlossenen deutschen Gruppe in der Woiwodina als störend und suchten ihre Aktivität vor allem im Bereich der Kulturpolitik zu unterbinden.

So wurde das aufblühende deutsche Schulwesen durch die Verstaatlichung sämtlicher Schulen im Jahre 1922 zerstört, die Einschreibungen in die deutschen Schulabteilungen wurden durch die Namensanalyse behindert, schließlich der Kulturbund aufgelöst und sein gesamtes Vermögen im Frühjahr 1924 beschlagnahmt. Auch nach der Aufhebung des Verbots im Oktober des gleichen Jahres blieb das Vermögen des Kulturbundes konfisziert und seine Tätigkeit durch die Behörden unterbunden, bis er 1927 erneut zugelassen wurde und seine Organisation in einer zweiten Phase ausgebaut werden konnte.

Unbeeinträchtigt in seinem Wirkungskreis blieb das deutsche Genossenschaftswesen. Die "Agraria" wurde der Ausgangspunkt für den Ausbau eines umfangreichen Systems von Wirtschafts- und Kreditgenossenschaften, das der bäuerlichen deutschen Bevölkerung einen starken wirtschaftlichen Rückhalt gab, als sie sich nach den schweren Einbußen des Deutschtums durch die Agrarreform umorientieren mußte.

Außerdem wurde durch das Genossenschaftswesen unter den donauschwäbischen Bauern, die in starkem Maße einem wirtschaftlich-materiellen Denken zugewandt waren, auch das Interesse für Volkstumsfragen geweckt. In der wechselvollen innenpolitischen Entwicklung, die zeitweilig zum Verbot sämtlicher deutschen kulturellen und politischen Institutionen führte, blieb das deutsche Genossenschaftswesen oft die einzige organisatorische Zusammenfassung des Deutschtums überhaupt.

Andererseits krankte es an den Mängeln, die die Arbeit in den deutschen Siedlungsgruppen überhaupt erschwerten. Die der bäuerlichen Mentalität angepaßte Form der Volkstumsarbeit brachte es mit sich, daß ein beträchtlicher Teil der nichtbäuerlichen deutschen Bevölkerung, vor allem die Industriearbeiter, oft nicht auf seine Rechnung kam. Das galt in gewissem Grade auch für Arbeit der Genossenschaften.

Einzelne Jugoslawiendeutsche versuchten zwar, durch sogenannte Wohlfahrtsgenossenschaften, d.h. Sparvereine, Krankenkassen usw. auch die sozial schwächeren deutschen Bevölkerungsschichten in die Volkstumsarbeit einzubeziehen und durch eine Verklammerung mit ähnlichen Genossenschaften der Staatsvölker eine wirtschaftliche, politische und soziale Isolierung des Deutschtums zu unterbinden. Sie fanden aber bei den maßgebenden Männern der deutschen Minderheit nicht viel Verständnis, noch weniger die notwendige Unterstützung.

Das anfänglich entgegenkommende Verhalten der jugoslawischen Behörden im Schulwesen gegenüber den Deutschen der Woiwodina förderte die Erwartung der deutschen Führungsschicht, daß der deutschen Minderheit auch die vollen politisch-staatsbürgerlichen Rechte ge-



währt werden würden, um sie am Aufbau des neuen Staates nicht nur in der Selbstverwaltung, sondern auch in den staatlichen Gremien zu beteiligen.

Bald trat jedoch die Tendenz zutage, die Minderheiten von jeder Mitwirkung am politischen Leben, ja auch aus der kommunalen Selbstverwaltung fernzuhalten. Die führenden Persönlichkeiten der Minderheit mußten daraus die Folgerung ziehen, daß sie ohne eine politische Vertretung im Belgrader Parlament, der Skupschtina, ihre Ziele nicht durchsetzen könnten.

An die Tradition der seit 1905 bestehenden "Ungarländischen Deutschen Volkspartei" anknüpfend, gründeten die führenden Männer der deutschen Minderheit die "Partei der Deutschen im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen", die bei der ersten Parlamentswahl 1923 insgesamt acht Mandate erringen konnte und sich dem Regierungsblock anschloß.

Bis zur Auflösung der "Deutschen Partei" durch das königliche Diktatorialregime im Januar 1929 konnte sie bei den beiden Wahlen von 1925 und 1927 mit 45.172, bzw. 48.032 Stimmen zuerst fünf, dann sechs Mandate behalten. Trotz dieser Vertretung im Parlament blieb die kulturelle und politische Situation der deutschen Minderheit weiterhin angespannt.

In serbischen und auch slowenischen politischen Kreisen war die Herausbildung einer politisch aktiven deutschen Minderheit im Grunde nicht erwünscht, wie die Wahlpropaganda gegen die "Partei der Deutschen" im Jahre 1925 und die von den regionalen und lokalen Behörden behinderte politische und kulturelle Betätigung der deutschen Minderheit zeigte.

Besonders ungünstig war die Lage in der Woiwodina während der 20er Jahre. Hier wurden auf dem durch die Bodenreform enteigneten Land meist madjarischer und deutscher Großgrundbesitzer vor allem Dobrowolzen angesiedelt, während die deutsche landlose Bevölkerung unberücksichtigt blieb.

Dazu kam die Einsetzung meist ortsfremder serbischer Beamter. Erst nach oft wiederholten Interventionen der deutschen Abgeordneten wurden 1927 in der Woiwodina, in der die Gemeindeverwaltung bis dahin in den Händen von ernannten Beamten gelegen hatte, die ersten Kommunalwahlen abgehalten; dadurch erhielt die deutsche Bevölkerung einen stärkeren Anteil an der Selbstverwaltung.

In den hauptsächlich von Kroaten besiedelten Gebieten wurde jede von deutscher Seite unternommene kulturelle oder parteipolitische Betätigung von den Behörden mit doppeltem Mißtrauen beobachtet, da die dort lebenden Deutschen meist die in scharfer Opposition zur Regierungspolitik stehende "Kroatische Bauernpartei" wählten und einzelne Deutsche sogar für diese Partei kandidierten. Auf kroatischer Seite blieb hingegen der Verdacht bestehen, daß die die serbische Regierungspartei unterstützende "Partei der Deutschen" im großserbischen Fahrwasser segle.

Der seit der Gründung des Staates schwelende Antagonismus zwischen Serben und Kroaten, der, mit dem Attentat auf den kroatischen Parteiführer Radić in der Skupschtina (20.6.1928) seinen Höhepunkt fand, drohte zum Zerfall des Staates zu führen. Daher hob König Alexander durch den Staatsstreich vom 6.1.1929 die Verfassung auf und setzte ein Militärkabinett unter General Zivković ein. Die Königsdiktatur brachte ein Verbot aller Parteien mit sich, die ausschließlich auf der Grundlage einer Nationalität aufgebaut waren.

Das richtete sich zwar vornehmlich gegen die kroatischen Autonomiebestrebungen und schuf unter den Kroaten nachhaltige Erbitterung. Ebenso aber bedeutete dieses Verbot das Ende der "Partei der Deutschen", die nicht wieder zugelassen wurde. Auch der Kulturbund, der im Jahre 1927 wenigstens in der Woiwodina seine Tätigkeit wieder aufnehmen konnte, mußte unter diesem Gesichtspunkt seine Satzungen überarbeiten und erneut zur Genehmigung einreichen, die endlich 1931 erteilt wurde.

Trotz dieser Verschlechterung der Gesamtlage für die Minderheitenpolitik gelang es den Führern des Deutschtums in Jugoslawien, vor allem dank der Initiative von Dr. Kraft, unter dem königlichen Diktaturregime wesentliche Zugeständnisse für die deutschen Schulen, ja sogar

die Gründung einer Schulstiftung in zähen Verhandlungen zu erwirken, obwohl auch in der oktroyierten Verfassung von 1931 die Rechte der nationalen und religiösen Minderheiten nicht gewährleistet waren.

Die jahrelange Verletzung der Minderheitenrechte und die Aussichtslosigkeit, diese Rechte auf innerstaatlichem Wege durchzusetzen, bewog schließlich die Wortführer des Deutschtums in Slowenien, das sich dem stärksten Druck ausgesetzt fühlte, wegen der Beschlagnahme des "Deutschen Hauses" in Cilli Klage beim Völkerbund zu erheben.

Dadurch sollte die Weltöffentlichkeit auf die Minderheitenproblematik in Jugoslawien aufmerksam gemacht werden. Eine Erörterung dieser Frage, die zwangsläufig auch die mit einem demokratischen System unvereinbare innenpolitische Praxis des südslawischen Staates aufge-  
rollt hätte, kam den verantwortlichen Politikern äußerst unangelegen, und sie versuchten, die Petenten zur Rücknahme ihrer Beschwerde zu bewegen. Zu diesem Schritt fanden sich diese auch bereit, nachdem sich die Regierung zur Zahlung einer Entschädigung und zu Zugeständnissen auf kulturpolitischem Gebiet bereitgefunden hatte. ...<<

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über die Verhältnisse in Jugoslawien nach dem Ersten Weltkrieg (x051/293): >>Jugoslawien, Staat in Südosteuropa mit rund 250.000 km<sup>2</sup> und 13,9 Millionen Einwohnern (1931). Jugoslawien entstand am 1.12.18 durch Proklamation des "Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen" (Kgr. SHS) als konstitutionelle Monarchie mit stark zentralistischem Einschlag (Verfassung vom 28.6.21) aus den Königreichen Serbien und Montenegro sowie Teilen Österreich-Ungarns und trug den Namen Jugoslawien seit dem 3.10.29.

Die große innenpolitische Instabilität (1918-29 insgesamt 44 Kabinettskrisen) war bedingt durch die Spannungen zwischen großserbisch-einheitsstaatlichen (Serben) und südslawisch-föderalistischer Tendenzen (Kroaten), durch Minderheitenfragen, unterschiedliche historisch-kulturelle Entwicklungen, wirtschaftliche Probleme der Agrargesellschaft und Grenzfragen, die unmittelbar auf die Innenpolitik zurückwirkten.

Mit dem Ziel einer inneren Konsolidierung auf zentralistisch-bürokratisch-antihistorischer Grundlage errichtete Alexander I. mit Staatsstreich vom 6.1.29 eine autoritäre "Königsdiktatur". Nach seiner Ermordung am 9.10.34 in Marseille folgte ein Regentschaftsrat mit dem Prinzregenten Paul für den minderjährigen König Peter II.

Außenpolitisch sicherte sich Jugoslawien gegen die revisionistischen Ansprüche seiner Nachbarn durch die Kleine Entente, ein Bündnis mit Frankreich (11.11.27), den Balkanpakt mit Rumänien, Griechenland und der Türkei (9.2.34) sowie Einzelverträge. ...<<

### **06.12.1918**

**Deutsches Reich:** Als alle deutschen Truppen ihre Waffen niedergelegt haben, verstärken die Siegermächte am 6. Dezember 1918 die Seeblockade auch im Ostsee-Raum, um das Deutsche Reich systematisch auszuhungern.

Als die wahren Absichten der Siegermächte bekannt wurden, mußten die Deutschen bestürzt und verzweifelt zur Kenntnis nehmen, daß man sie arglistig getäuscht hatte, denn fast alle Vereinbarungen und verbindlichen Zusagen des Waffenstillstandsvertrages blieben später unberücksichtigt. Vor allem für die deutschen Siedler in Ost- und Mitteleuropa sollte sich diese völkerrechtswidrige "Friedenspolitik" schon bald verheerend auswirken.

### **12.12.1918**

**Österreich:** Die provisorische österreichische Regierung schreibt am 12. Dezember 1918 an US-Präsident Wilson (x028/44): >>Aus einer Mitteilung der tschechoslowakischen Regierung ist zu ersehen, daß die alliierten Mächte angeblich die Absicht haben, die großen, zusammenhängenden Gebiete Böhmens und Mährens, die von mehr als 3 Millionen Deutschen bewohnt werden, dem tschechoslowakischen Staat einzuverleiben.

Über den deutschen Charakter der in Rede stehenden Gegenden kann kein Zweifel obwalten.

Ihre Bevölkerung hat bei verschiedenen Gelegenheiten ihren heißen Wunsch zu erkennen gegeben, ihre Freiheit aufrechtzuerhalten und vom tschechoslowakischen Staat unabhängig zu bleiben. ...

Sollten die alliierten Mächte in dieser Hinsicht jedoch Zweifel hegen, so schlägt die deutsch-österreichische Regierung vor, die Lage unverzüglich durch eine unter neutraler Aufsicht stattfindende Volksabstimmung, die nicht nur unter Gewährleistung freier Stimmabgabe, sondern auch unter Inachtnahme anderer Garantien stattfinden müßte, zu klären.

In jedem Fall ersucht die deutsch-österreichische Regierung die alliierten Mächte, über das Schicksal der fraglichen Bevölkerung nicht anders als auf Grund einer solchen Volksabstimmung entscheiden zu wollen. ...<<

### **19.12.1918**

**Deutsches Reich:** Am 19. Dezember 1918 stimmt der Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin über die Streitfrage ab: "Rätestaat oder demokratische Republik?"

Der USPD-Politiker Ernst F. Däumig setzt sich damals für die Einführung eines Rätestaates ein (x243/21): >>Die alte bürgerliche Demokratie mit ... ihren Parlamenten ... hat historische Bedingtheit, ... (es) ist selbstverständlich, ... daß (ihr) die demokratische Demokratie folgen muß: wie sie ihren organisatorischen Ausdruck in dem Räteystem findet. ...

(In) der Gewerbezahl von Jahre 1907 zeigt sich, ... daß sich das werktätige Volk überall in der Mehrheit befindet und ... bis jetzt unter der Diktatur einer ökonomisch überlegenen Minderheit gestanden hat. Und das soll jetzt durch die Nationalversammlung verewigt werden. ...

Das Räteystem ist so zu vervollkommen, daß wir für das ganze Deutschland ein einheitliches Wahlsystem durchführen, ... für die Arbeiterschaft und, soweit notwendig, für die Soldatenräte, ... für die Bauernräte, wo es erforderlich ist. ...

Wenn ein solches einheitliches Wahlsystem durchgeführt wird, dann kann auch eine Nationalversammlung zusammentreten. ...

Wir brauchen das Räteystem in den Betrieben, damit die Arbeiter durch die Räte die Betriebe überwachen. ...<<

Friedrich Ebert erklärt damals vor dem Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin (x059/49): >>Wir Sozialdemokraten wollen keinen Rätestaat, in dem nur die Arbeiter regieren.

Alle Bürger sollen die gleichen Rechte und Pflichten besitzen. Das Volk wird eine Nationalversammlung wählen, die eine demokratische Verfassung beschließt. ...<<

Der SPD-Politiker Max Cohen fordert ebenfalls eine Nationalversammlung (x149/34): >>Die Arbeiter- und Soldatenräte drücken immer nur einen Teilwillen aus, niemals den Willen des ganzen Volkes. ...

Der Zerfall muß kommen, wenn es uns nicht gelingt, der Disziplinlosigkeit und Einsichtslosigkeit Herr zu werden, die leider auch ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft zeigt. ...

Die Entente will keinen Sozialismus, sondern eine gemäßigte bürgerliche Demokratie. ...

Die Diktatur will nur ein kleiner Teil, während die große Masse sie ablehnt. ...<<

Der Kongreß entscheidet sich schließlich am 19. Dezember 1918 mit 400 gegen 50 Stimmen für die Einberufung einer Nationalversammlung (x059/49).

Nach der Abstimmungsniederlage versuchen die Spartakisten, ihren diktatorischen Rätestaat gewaltsam durchzusetzen.

### **20.12.1918**

**Deutsches Reich:** Das Zentralorgan des Spartakusbundes "Die Rote Fahne" berichtet am 20. Dezember 1918 unter dem Titel "Eberts Blutweihnacht" (x256/68): >>Matrosen haben nicht kapituliert. – Halten Schloß und Marstall besetzt. – Sicherheitsmannschaften und Teil der Soldatenwehr kämpfen auf Seite der Matrosen. – Teil Ebert'scher Truppen fraternisiert (ver-

brüdern sich). – Feindliche Truppen meist entwaffnet. - Ultimatum von 10 Minuten. – Artillerie beschießt Schloß und Marstall. – Infanterie und Kavallerie stürmen. – Bewaffnete Arbeitermassen eilen zu Hilfe. – 70 Opfer. - Schloß und Marstall von Matrosen behauptet. – Ebert-Scheidemann die Schuldigen. – Neue Ebert-Truppen im Anmarsch. – Matrosen klären sie auf. – Berliner Vollzugsrat vermittelt. – Wels abgesetzt.<<

**Frankreich:** Die französische Regierung lehnt am 20. Dezember 1918 die geforderte Volksabstimmung im Sudetenland ab. England schließt sich im Januar 1919 an.

### **25.12.1918**

**Deutsches Reich:** Franz Seldte (1882-1947, später SA-Obergruppenführer) gründet am 25. Dezember 1918 den Soldatenbund "Stahlhelm".

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Stahlhelm" (x051/557):  
>>Stahlhelm (Bund der Frontsoldaten), von Seldte am 25.12.18 gegründeter Soldatenbund, der als Wehrverband gegen sozialistische und kommunistische Aufstände konzipiert war und den "Geist der Frontkameradschaft" auf die Politik übertragen wollte.

Aus dieser programmatischen Ausrichtung wurde bald eine antirepublikanische Grundhaltung, die sich im Kampf des Stahlhelms gegen "das System" und die es tragenden Kräfte zeigte. Er machte sich auch andere Positionen der nationalistisch-autoritären Parteien zu eigen, wandte sich gegen den "überstaatlichen" Katholizismus wie gegen die Juden, die von der Mitgliedschaft im Stahlhelm durch eine Vorform des Arierparagraphen ausgeschlossen waren.

Der Stahlhelm mit seinen etwa 400.000 Mitgliedern (1925) hatte 1924 schon den Dawesplan bekämpft, 1929 verband er sich mit den Rechtsparteien gegen den Youngplan und ging schließlich mit ihnen in der Harzburger Front einen Pakt ein.

Er wurde damit zu einem der Steigbügelhalter des Nationalsozialismus, dessen Umarmung er nach der Machtergreifung rasch erlag: Zwar wurde Seldte in Hitlers Regierung Arbeitsminister, doch wurden die jüngeren Jahrgänge des Stahlhelms schon ab April 33 in die SA eingegliedert.

Die restlichen Gruppen wurden nach Umbenennung in "Nationalsozialistischer Deutscher Frontkämpferbund" (März 34) im November 35 aufgelöst.

Eine Neugründung des Stahlhelms 1951 in der Bundesrepublik war wenig erfolgreich.<<

### **30.12.1918**

**Deutsches Reich:** Unter Leitung des deutsch-sowjetischen Politikers Karl Radek beschließen die Delegierten des Spartakusbundes am 30. Dezember 1918 die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Den KPD-Vorsitz übernimmt Wilhelm Pieck (1876-1960, später Präsident der DDR).

Die KPD verfolgt von Anfang das Ziel, jegliche parlamentarische Ordnung zu zerstören. Naturgemäß nutzt man das bestehende Chaos und die große Massenverelendung konsequent aus. Mit ihren bekannten Parolen ("Proletarier aller Länder, vereinigt euch" etc.) gaukeln die Kommunisten den verzweifelten Deutschen ein "Arbeiter- und Bauernparadies" vor, daß angeblich mit Lenins Hilfe im Deutschen Reich entstehen soll.

Im Parteiprogramm des Spartakusbundes, das überwiegend von Rosa Luxemburg stammt, heißt es (x058/319-321): >>Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen, und die proletarische Revolution muß sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstzeug bereiten, sie muß lernen, es zu gebrauchen – zu Kämpfen und Siegen.

Eine solche Ausrüstung der kompakten arbeitenden Volksmasse mit der ganzen politischen Macht für die Aufgaben der Revolution, das ist die Diktatur des Proletariats und deshalb die wahre Demokratie.

Nicht wo der Lohnsklave neben dem Kapitalisten, der Lohnproletarier neben dem Junker in verlogener Gleichheit sitzen, um über ihre Lebensfragen parlamentarisch zu debattieren; dort,

wo die millionenköpfige Proletariermasse die ganze Staatsgewalt mit ihrer schwieligen Faust ergreift, um wie der Gott Thor seinen Hammer den herrschenden Klassen aufs Haupt zu schmettern: dort allein ist die Demokratie, die kein Volksbetrug ist.

Um dem Proletariat die Erfüllung dieser Aufgaben zu ermöglichen, fordert der Spartakusbund:

A. Als sofortige Maßnahmen zur Sicherung der Revolution:

1. Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere sowie der nichtproletarischen Soldaten. Entwaffnung aller Angehörigen der herrschenden Klassen.
2. Beschlagnahme aller Waffen- und Munitionsbestände sowie Rüstungsbetriebe durch Arbeiter- und Soldatenräte.
3. Bewaffnung der gesamten erwachsenen männlichen proletarischen Bevölkerung als Arbeitermiliz, Bildung einer Roten Garde aus Proletariern als aktiven Teil der Miliz, zum ständigen Schutz der Revolution vor gegenrevolutionären Anschlägen und Zettelungen.
4. Aufhebung der Kommandogewalt der Offiziere und Unteroffiziere. Ersetzung des militärischen Kadaverehrens durch freiwillige Disziplin der Soldaten. Wahl aller Vorgesetzten durch die Mannschaften unter jederzeitigem Rückberufungsrecht. Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.
5. Entfernung der Offiziere und Kapitulanten aus allen Soldatenräten.
6. Ersetzung aller politischen Organe und Behörden des früheren Regimes durch Vertrauensmänner der Arbeiter- und Soldatenräte.
7. Einsetzung eines Revolutionstribunals, vor dem die Hauptschuldigen am Kriege und seiner Verlängerung, die beiden Hohenzollern, Ludendorff, Hindenburg, Tirpitz und ihre Mitverbrecher sowie alle Verschwörer der Gegenrevolution abzuurteilen sind.
8. Sofortige Beschlagnahme aller Lebensmittel zur Sicherung der Volksernährung.

B. Auf politischem und sozialem Gebiete:

1. Abschaffung aller Einzelstaaten; einheitliche deutsche Republik.
2. Beseitigung aller Parlamente und Gemeinderäte und Übernahme ihrer Funktionen durch Arbeiter- und Soldatenräte sowie deren Ausschüsse und Organe.
3. Wahl von Arbeiterräten über ganz Deutschland durch die gesamte erwachsene Arbeiterschaft beider Geschlechter in Stadt und Land, nach Betrieben sowie von Soldatenräten durch die Mannschaften, unter Ausschluß der Offiziere und Kapitulanten. Recht der Arbeiter und Soldaten zur jederzeitigen Rückberufung ihrer Vertreter.
4. Wahl der Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte im ganzen Reiche für den Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, der den Vollzug als das Oberste Organ der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt zu wählen hat. ...

C. Nächste wirtschaftliche Forderungen:

- ... 3. Enteignung des Grund und Bodens aller landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetriebe; Bildung sozialistischer landwirtschaftlicher Genossenschaften unter einheitlicher zentraler Leitung im ganzen Reiche; bäuerliche Kleinbetriebe bleiben im Besitze ihrer Inhaber bis zu deren freiwilligen Anschluß an die sozialistische Genossenschaften.
4. Enteignung aller Banken, Bergwerke, Hütten, sowie aller Großbetriebe in Industrie und Handel durch die Räterepublik.
  5. Konfiskation aller Vermögen von einer bestimmten Höhe an, die durch den Zentralrat festzusetzen ist.
  6. Übernahme des gesamten öffentlichen Verkehrswesens durch die Räterepublik.
  7. Wahl von Betriebsräten in allen Betrieben, die im Einvernehmen mit den Arbeiterräten die inneren Angelegenheiten der Betriebe ordnen, die Arbeitsverhältnisse zu regeln, die Produktion zu kontrollieren und schließlich die Betriebsleitung zu übernehmen haben.
  8. Einsetzung einer zentralen Streikkommission mit den Betriebsräten, die der beginnenden

Streikbewegung im ganzen Reich einheitliche Leitung, sozialistische Richtung und die kräftigste Unterstützung durch die politische Macht der Arbeiter- und Soldatenräte sichern soll. ...<<

### **Dezember 1918**

**Deutsches Reich:** Polnische Truppen besetzen im Dezember 1918 die preußische Provinz Posen. Die polnischen Aufstände in West- und Ostpreußen sowie Oberschlesien scheitern zunächst (x064/126).

Der spätere Außenminister Walther Rathenau schreibt im Dezember 1918 an den US-Diplomaten und Politiker Edward M. House (1858-1938, Vertrauensmann von US-Präsident Wilson) und bittet um faire Friedensbedingungen (x1.142): >>Niemals ist, solange es Weltgeschichte gibt, drei Staaten und ihren politischen Häuptern, Wilson, Clemenceau und Lloyd George eine solche Macht verliehen worden. Niemals, solange es Weltgeschichte gibt, ist das Sein und Nichtsein eines ungebrochenen, gesunden, begabten, arbeitsfrohen Volkes und Staates von einem einzigen Entschluß verantwortlicher Männer abhängig gewesen. -

Wenn in Jahrzehnten und Jahrhunderten die blühenden deutschen Städte verödet und verkommen, das Erwerbsleben vernichtet, der deutsche Geist in Wissenschaft und Kunst verebbt, die deutschen Menschen zu Millionen von ihrer heimatlichen Erde losgerissen und vertrieben sind: wird dann vor dem Tribunal der Geschichte und vor dem Richterstuhl Gottes das Wort Geltung haben: Diesem Volk ist recht geschehen, und drei Männer haben dieses Recht vollzogen? ...

Herr Oberst, mein Leben ist vollbracht; für mich erhoffe und fürchte ich nichts mehr, mein Land bedarf meiner nicht, ich denke seinen Untergang nicht lange zu überleben. Als ein schwaches Glied eines ins Herz getroffenen Volkes, das gleichzeitig um seine späte Freiheit und den Rest seines Lebens ringt, rede ich zu Ihnen, dem Vertreter der aufstrebenden aller Nationen. Noch vor vier Jahren waren wir scheinbar Ihresgleichen. Scheinbar, denn uns fehlte, was den Staaten die Festigkeit des Daseins gibt: die innere Freiheit.

Heute stehen wir am Rande der Vernichtung, die unabwendbar ist, wenn Deutschland nach dem Rate derer verstümmelt wird, die es hassen. Denn dies muß ausgesprochen werden, klar und eindringlich, so daß jeder das Furchtbare versteht, alle Völker und Geschlechter, die jetzigen und die kommenden: Was uns angedroht wird, was der Haß uns anzutun vorschlägt, ist die Vernichtung. Die Vernichtung des deutschen Lebens jetzt und in alle Zukunft ...<<

Der spätere Außenminister Walther Rathenau kündigt bereits im Dezember 1918 in einem offenen Brief den Zweiten Weltkrieg an (x337/150): >>Wer Deutschland in 20 Jahren besuchen wird, das Deutschland, das er als eines der schönsten Länder der Erde gekannt hatte, wird fühlen, wie sein Herz in Trauer und Scham versinkt. ...

Die deutschen Städte werden nicht gerade Ruinen sein; sie werden halbtote Steinblöcke sein, die zum Teil noch von verelendeten, verhärmten Wesen bewohnt werden. ... Das Land wird unter Füßen zertrampelt, die Wälder umgehauen sein, die wenigen Felder werden eine miserable Ernte aufweisen, Häfen, Eisenbahnen, Kanäle werden ruiniert und verfallen sein, und überall werden noch mächtige Bauten aus der Vergangenheit stehen, zerbröckelnde Erinnerungen an das Zeitalter der Größe. ...

Der deutsche Geist, der einst für die Welt gesungen und gedacht hatte, wird der Vergangenheit angehören, und das Volk, das heute immer noch jung und stark und von Gott für das Leben geschaffen ist, wird nur noch im Zustand lebender Toter existieren. ...<<

**Österreich:** Tschechische Truppen marschieren 1918/1919 in die sudetendeutschen Gebiete ein und vertreiben die deutsch-böhmisch-mährische Regierung (x184/19).

### **1918**

**Spanien:** Spaniens Neutralität im Ersten Weltkrieg bewahrt das Land im Jahre 1918 nicht vor großen Wirtschaftskrisen, die in den folgenden Jahren die Radikalisierung nationalistischer,

sozialistischer, kommunistischer und anarchistischer Bewegungen maßgeblich fördern.

**Südafrika:** Cornelis Jacob Langenhoven (1873-1932) verfaßt im Jahre 1918 den Text der späteren Nationalhymne Südafrikas (x230/165-166):

>>Aus der Bläue unsres Himmels, aus der Tiefe unsrer See,  
Aus der Ewigkeit der Berge, wo Antwort tönt aus höchster Höh',  
Aus der weit verlass'nen Ebne, wo der Ochsenwagen stöhnt,  
Die Stimme des geliebten Südafrika ertönt.  
Wir folgen deinem Rufe, zum Opfern sind wir da,  
Wir werden leben, werden sterben, stets für dich, Südafrika.<<

**1919**

Friede ist nur die Fortsetzung des Krieges.  
*Georges Clemenceau (1841-1929, französische Politiker)*

**05.01.1919**

**Deutsches Reich:** Am 5. Januar 1919 entschließen sich die russisch-sowjetisch gelenkten Kommunisten schließlich, unter Führung von Karl Liebknecht (1871-1919) und Rosa Luxemburg (1870-1919), die proletarische Diktatur gewaltsam zu erzwingen. Als die Kommunisten nach heftigen Straßenkämpfen die Berliner Reichskanzlei angreifen, läßt Gustav Noske (1868-1946, SPD-Politiker, 1918/1919 Oberbefehlshaber der Freikorps) Freiwilligenverbände des deutschen Heeres in Berlin einrücken, um den bewaffneten Aufstand des linksradikalen Spartakusbundes vom 5.01. bis zum 15.01.1919 blutig niederzuschlagen.

In einem Aufruf der "Frontsoldaten" heißt es (243/18):

>>Arbeiter, Bürger!

Das Vaterland ist dem Untergang nahe.

Rettet es!

Es wird nicht bedroht von außen, sondern von innen: Von der Spartakusgruppe.

Schlagt ihre Führer tot!

Tötet Liebknecht!

Dann werdet ihr Frieden, Arbeit und Brot haben! ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Gustav Noske (x051/421-422):

>>Noske, Gustav, geboren in Brandenburg 9.7.1868, gestorben in Hannover 30.11.1946, deutscher Politiker; 1897 Redakteur der sozialdemokratischen "Königsberger Volkstribüne", ab 1902 Leiter der "Volksstimme" in Chemnitz, 1906-18 Mitglied des Reichstages für die SPD.

Im Ersten Weltkrieg war Noske Kriegsberichterstatter. Im November 18 wurde er Gouverneur von Kiel und ("Einer muß ja der Bluthund werden") bekämpfte den revolutionären Aufstand der Marine. Ab dem 29.12.18 saß Noske im Rat der Volksbeauftragten.

Als Oberbefehlshaber der regierungstreuen Truppen schlug er den Berliner Spartakusaufstand im Januar 19 blutig nieder, was ihm harte Kritik aus der Arbeiterschaft einbrachte. Im Februar 19 wurde Noske Reichswehrminister, mußte aber nach dem Kapp-Putsch auf Druck von Legien und Wels von seinem Amt zurücktreten. 1920-33 war er Oberpräsident von Hannover, bis ihn die Nationalsozialisten absetzten.

Noske hatte im Dritten Reich Kontakt zu Widerstandsgruppen um Leuschner, wurde 1939 zum ersten Mal und nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler vom Zwanzigsten Juli 44 erneut verhaftet. Zwar wurde Noske wegen Hochverrats angeklagt, doch kam es bis zum Kriegsende nicht zu einem Prozeß.<<

**10.01.1919**

**Frankreich:** Der französische Marschall Foch, Oberbefehlshaber der alliierten Heere, schreibt am 10. Januar 1919 an die Bevollmächtigten der alliierten Mächte (x243/12): >>Deutschland

bleibt noch für lange Zeit, bis zu einer völligen Wandlung seiner Politik und seiner Weltanschauung, eine furchtbare Bedrohung für die Zivilisation. ...

Die Natur hat nur eine Schranke über den Weg des einbrechenden Feindes gezogen: den Rhein. Er muß ... schon im Frieden besetzt und befestigt werden. ...<<

**15.01.1919**

**Deutsches Reich:** Im Deutschen Reich, daß bisher fast keine politischen Morde kannte (Ausnahme: Ermordung Wallensteins), ereignen sich während des Spartakusaufstandes erstmalig politische Morde. Die KPD-Führer Liebknecht und Luxemburg werden am 15. Januar 1919 in Berlin verhaftet und von Regierungssoldaten ermordet.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Oktober 2018) im COMPACT-Spezial Nr. 19 (x344/15-17): >>Schüsse im Tiergarten

*\_von Martin Müller-Mertens*

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht standen Anfang 1919 vor dem politischen Aus. Ihre Ermordung machte sie zu Säulenheiligen der kommunistischen Bewegung. ...

### **Die Leiche im Landwehrkanal**

... Wenige Tage nach Niederschlagung des Januaraufstandes wurden die Führer der gerade gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands am 15. Januar in der damals selbständigen Stadt Berlin-Wilmersdorf verhaftet. Dort wie in der nahe gelegenen Hauptstadt beherrschte die Garde-Kavallerie-Schützen-Division die Straßen. Als einer der letzten intakten Großverbände des Heeres exekutierte sie das Bündnis zwischen SPD-geführter Übergangsregierung und Militärs.

Im Berliner Eden-Hotel, wo der Stab der Division stationiert war, wurden die KPD-Gründer verhört und schwer mißhandelt. Zuvor durch den Jäger Otto Wilhelm Runge bereits bewußtlos geschlagen, wurde Luxemburg schließlich mit einem aufgesetzten Schläfenschuß regelrecht hingerichtet, während die Täter sie zum Tiergarten fuhren und in den Landwehrkanal warfen.

Am 13. Juni wurden sterbliche Überreste in Berlin-Friedrichsfelde beigesetzt, die Luxemburgs Vertraute Mathilde Jacob zuvor identifiziert hatte. Jedoch tauchte im Jahr 2007 im Keller des Berliner Krankenhauses Charité eine vergessene Wasserleiche auf. Der Chef der dortigen Rechtsmedizin, Michael Tsokos, hält sie für Luxemburg. Eine DNA-Überprüfung steht bis heute aus.

Kugeln aus den Pistolen von Kapitänleutnant Horst von Pflugk-Harttung, Leutnant zur See Heinrich Stiege, Oberleutnant zur See Ulrich von Ritgen und Leutnant Rudolf Liepmann beendeten im Berliner Tiergarten fast zeitgleich das Leben Liebknechts - von hinten und angeblich auf der Flucht. Am Verbleib der Leiche gibt es keinen Zweifel. Gemeinsam mit 31 Toten der Januarkämpfe wurde sie am 25. Januar ebenfalls in Friedrichsfelde beerdigt. Zehntausende folgten der Prozession zum damaligen Berliner Armenfriedhof.

### **Luxemburg hatte die Oktoberrevolution begrüßt, ging jedoch schnell auf Abstand zu Lenin.**

Die Soldaten handelten nicht auf eigene Initiative. Ihre Befehle erhielten sie von Waldemar Pabst, damals Erster Generalstabsoffizier der Division. Noch 1969, wenige Monate vor seinem Tod, hielt Pabst die Tat für einen Dienst an der Nation. "Tatsache ist: Die Durchführung der von mir angeordneten Befehle ist leider nicht so erfolgt, wie es sein sollte. Aber sie ist erfolgt, und dafür sollten diese deutschen Idioten Noske und mir auf den Knien danken", schrieb er in einem Privatbrief.

Tatsächlich hatten die Liquidierungen jedoch keinerlei Bedeutung für den weiteren Verlauf der Ereignisse. Luxemburg und Liebknecht standen Anfang 1919 längst auf dem politischen Abstellgleis und verfügten selbst in ihrer KPD kaum über echten Einfluß. Daß sie die Führer der auch Spartakusaufstand genannten Januarkämpfe waren, ist reine Legende: Luxemburg



lehnte die spontan entstandene Rebellion vehement ab, Liebknecht unterstützte sie aus rein taktischen Gründen und versuchte erfolglos, Volksmarinedivisionen zu mobilisieren. Erst ihr Tod machte Luxemburg - weit mehr als Liebknecht - bis heute sowohl zur Mutter Courage als auch zur Jeanne d'Arc nahezu aller sozialistischen wie kommunistischen Gruppen.

### **Der Niedergang**

Dabei hatte der Herbst 1918 für die beiden Politiker eigentlich hoffnungsvoll begonnen. Der 1871 in Leipzig geborene Liebknecht war im Oktober aus der Haft entlassen worden. In Berlin bereitete er eine Revolution vor, doch der Kieler Matrosenaufstand am 8. November kam ihm zuvor. Die wahrscheinlich 1871 im galizischen Zamosc zur Welt gekommene Rozalia Luksenburg - die heute gebräuchliche Variante Luxemburg geht auf einen behördlichen Schreibfehler zurück, ihr amtliches Geburtsdatum bezeichnete sie selbst als Fälschung - verließ an jenem 8. November das Breslauer Gefängnis.

In Berlin trat die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD), deren Mitglieder beide waren, zwei Tage später der Übergangsregierung Rat der Volksbeauftragten bei. Liebknecht organisierte im unzufriedenen linksradikalen Flügel der USPD den Spartakusbund. Er sollte nur Wochen später zum Kern der Kommunistischen Partei werden.

Luxemburg selbst betonte am 14. Dezember in der Zeitung Die Rote Fahne, man werde "nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes". Doch dieser unzweideutige Wille war nicht zu erkennen.

Bei den Wahlen zum Reichsrätekongreß, der die Weichen zur Weimarer Republik stellte, erlitten die Spartakisten eine krachende Niederlage. Liebknecht und Luxemburg durften nicht einmal als Gäste teilnehmen. Letztere hatte die Oktoberrevolution in Rußland begrüßt, ging jedoch schnell auf Abstand zu Lenin und seinen Genossen. Die Auflösung der Konstituierenden Versammlung durch die Bolschewiki betrachtete sie als Verrat an der Revolution.

Nach ihrem Bruch mit der USPD vereinigten sich die Spartakisten am 31. Dezember 1918 mit den Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD) zur Kommunistischen Partei. Luxemburg und Liebknecht waren deren Gesichter, doch den Ton gaben andere an. Luxemburg hatte sogar den Namen KPD abgelehnt, um die Unabhängigkeit der Deutschen von den russischen Bolschewiki zu betonen. Deren Instrukteur in Deutschland, Karl Radek, überzeugte die neue Partei jedoch nicht nur in diesem Punkt, sondern auch von dem durch Luxemburg strikt abgelehnten Putschismus. Sie und Liebknecht plädierten nun für die Teilnahme der KPD an den Wahlen zur Nationalversammlung und damit deren Beteiligung am parlamentarischen System. Maßgeblich die Kräfte der IKD setzten jedoch den Boykott durch.

Faktisch überstand die KPD ihre ersten beiden Jahre nur mühsam als halblegale und tief zerstrittene Politsekte. Erst die Abspaltung der utopistischen Fraktion als Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) im Oktober 1920 und die Vereinigung mit der USPD im darauffolgenden Dezember machte aus der KPD eine Massenpartei, die sich bald als Marionette Moskaus gefiel. Luxemburgs Mitstreiter Paul Levi wollte diesen Weg nicht mitgehen. 1921 wurde er aus der Partei geworfen.

### **Gab Noske den Befehl?**

Während der Mord an Liebknecht aufgeklärt ist, bleiben die letzten Augenblicke im Leben Luxemburgs verworren. Wer den tödlichen Schuß abgab, konnte in einem von Vertuschungen dominierten Militärprozeß nicht ermittelt werden. Als Täter galt zunächst Oberleutnant Kurt Vogel. Zwei Jahre später erinnerte sich der Fahrer des Wagens, ein Soldat namens Janschkow, bei dem Schützen habe es sich um Leutnant Hermann Souchon gehandelt. Das behauptete auch Waldemar Pabst 1959 gegenüber dem Chef des Verfassungsschutzes, Günther Nollau. Souchon selbst stritt die Tat jedoch bis zum Ende seines Lebens 1982 ab.

Unklar ist vor allem, ob Pabst auf eigene Initiative handelte oder seine Order vom sozialdemokratischen Volksbeauftragten für Heer und Marine - damit de facto Reichswehrminister - Gustav Noske erhielt. 1962 brüstete er sich noch mit der Entscheidung, für die ihm Noske lediglich gedankt haben soll. In seinen Memoiren läßt er den SPD-Mann auf die Bitte um einen Mordbefehl sagen: "Das ist nicht meine Sache! Dann würde die Partei zerbrechen, denn für solche Maßnahmen ist sie nicht und unter keinen Umständen zu haben." Schließlich habe Noske erklärt, Pabst müsse "selbst verantworten, was zu tun" sei.

In Pabsts Nachlaß fand sich jedoch die Abschrift eines Briefes aus dem Jahre 1969: "Daß ich die Aktion ohne Zustimmung Noskes gar nicht durchführen konnte - mit Ebert im Hintergrund - und auch meine Offiziere schützen mußte, ist klar. Aber nur ganz wenige Menschen haben begriffen, warum ich nie vernommen oder unter Anklage gestellt worden bin. Ich habe als Kavalier das Verhalten der damaligen SPD damit quittiert, daß ich 50 Jahre lang das Maul gehalten habe über unsere Zusammenarbeit."

Gustav Noske konnte dieser Darstellung nicht mehr widersprechen, er starb 1946. Vermutlich deutete er 1919 tatsächlich eher vage an, was Pabst dann aber durchaus richtig verstand.

**"Daß ich die Aktion ohne Zustimmung Noskes gar nicht durchführen konnte, ist klar."**

Waldemar Pabst

Noske ist bis heute in der SPD umstritten, Pabst weitgehend vergessen. Luxemburg und Liebknecht dagegen leben als kommunistische Ikonen fort. Der Jahrestag ihrer Ermordung ist immer noch Anlaß für die einzige gemeinsame Manifestation der sonst tief zerstrittenen Szene. "Dem Karl Liebknecht haben wir's geschworen, der Rosa Luxemburg reichen wird die Hand", singen sie trotzig in die Kälte des Januars.<<

Im Verlauf des Spartakusaufstandes kommen etwa 1.200 Menschen um (x122/433).

Karl Radek (eigentlicher Name: Sobelsohn, 1885-1939?) und andere deutsche Kommunisten fliehen später nach Rußland. Während Stalins "Säuberungen" wird der Trotzkiist Radek nach Sibirien verbannt (1933) und wahrscheinlich im Jahre 1937 liquidiert ("Prozeß der 17").

### **18.01.1919**

**Frankreich:** Am 18. Januar 1919 werden in Paris die "Friedensverhandlungen" für den Ersten Weltkrieg eröffnet.

An den Verhandlungen, die von Januar bis April 1919 geführt werden, nehmen zwar die Vertreter aus 27 Siegermächten teil, aber die Entscheidungen fällt schließlich nur der "Rat der Großen Vier" (der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau, der britische Premierminister David Lloyd George, US-Präsident Thomas W. Wilson und der italienische Ministerpräsident Vittorio E. Orlando, 1860-1952) bzw. der "Rat der Großen Drei" (ohne Orlando). Die besiegten Staaten der "Mittelmächte" (Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Osmanisches Reich und Bulgarien) und Sowjet-Rußland schließt man von allen Verhandlungen aus.

### **Die Pariser "Friedensverhandlungen"**

Obgleich das Deutsche Reich den besiegten Franzosen in den Jahren 1814/15 und 1871 äußerst maßvolle Forderungen und faire Friedensbedingungen gestellt hatte, erwiesen sich vor allem die Franzosen nach dem Ersten Weltkrieg als besonders ungerechte und rachsüchtige Sieger.

Der deutsche Historiker Wilfried Loth berichtet später über die französischen "Friedenspläne" nach dem Ersten Weltkrieg (x291/33-34): >>... In Frankreich wurde der Ausgang des Krieges damals überwiegend als französischer Sieg verstanden und gefeiert. Nachdem man lange um den Sieg gebangt und schon einer Niederlage ins Auge gesehen hatte, war die Erleichterung über den schließlichen Erfolg ungeheuer; und nachdem man von allen Verbündeten am meisten unter diesem Krieg zu leiden gehabt hatte, glaubte man nur zu gern, auch den größten Anteil an diesem Sieg zu haben. Entsprechend groß waren die Erwartungen, die man in die

Friedensverhandlungen setzte.

Der Friedensvertrag sollte nicht nur sichere Garantien gegen einen erneuten deutschen Angriff und damit gegen eine Wiederholung der Kriegsleiden enthalten; die Deutschen sollten auch für alle erlittenen Verluste aufkommen, und sie sollten darüber hinaus durch ihre Kontributionen (Geldleistungen) ein Wiederanknüpfen an die Vorkriegsverhältnisse ermöglichen, die in der Erinnerung vielfach zur "Belle Époque" ("Schöne Epoche", von etwa 1890-1914) verklärt worden war.

Die Überzeugung, daß "Deutschland alles zahlen wird", tröstete über die Misere der Kriegerschöpfung hinweg und entschärfte zugleich die innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Ein antideutsch bestimmter Nationalismus wurde zum wichtigsten Integrationsmittel einer Gesellschaft, deren innere Friktionen (Reibungen) durch die Kriegserfahrung eher verstärkt und vermehrt als eingeebnet worden waren.<<

Georges Clemenceau (1841-1929, französischer Minister- und Kriegspräsident) der den Vorsitz der "Friedensverhandlungen" übernahm, setzte alle französischen Forderungen unerbittlich durch. Clemenceau (Beiname: "Der Tiger", prägte damals z.B. den Ausspruch: "Frieden ist nur die Fortsetzung des Krieges") war ein unnachgiebiger, rachsüchtiger Greis, der besonders durch die bittere französische Niederlage von 1870/71 geprägt worden war.

Clemenceau, der die Zerschlagung des Deutschen Reiches und Errichtung von kleinen Teilstaaten sowie die Abtrennung des Rheinlandes anstrebt, erklärt später (x063/521): >>... Je mehr einzelne und unabhängige Republiken in Deutschland errichtet werden, desto glücklicher werde er sein ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Georges Clemenceau (x051/-103): >>Clemenceau, Georges, geboren in Mouilleron-en-Pareds (Vendée) 28.9.1841, gestorben in Paris 24.11.1929, französischer Politiker; Gegner des Friedensvertrages von 1871; Radikalsozialist; Verleger der Zeitschrift "L'Aurore", mit der er in der Affäre um den jüdischen Hauptmann Dreyfus gegen die Antisemiten kämpfte. Clemenceau löste als Ministerpräsident 1906-09 endgültig den französischen Staat von der Kirche und agitierte im 1. Weltkrieg für den äußersten Einsatz aller Kräfte gegen das Deutsche Reich.

Das brachte ihm 1917 diktatorische Vollmachten als neuer Regierungschef, den Vorsitz 1919 auf der Pariser Friedenskonferenz und wegen seiner verbissenen Härte den Spitznamen "der Tiger" ein. Die überharten und verhängnisvollen Bedingungen des Versailler Vertrages tragen seine Handschrift. Clemenceau zog sich 1920 aus der Politik zurück.<<

Der britische Ministerpräsident Lloyd George, der den Engländern bereits während des Krieges versprach: "Deutschland zahlt alles!", versuchte nach dem Kriegsende vergeblich, die rachsüchtigen Franzosen zu stoppen.

Lloyd George erklärt damals in Versailles (x059/30): >>Wir müssen uns bemühen, eine Ordnung des Friedens zu entwerfen, als wären wir unparteiische Schiedsrichter, die die Leidenschaften des Krieges vergessen haben. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über David Lloyd George (x051/-359-360): >>Lloyd George, David, geboren in Manchester 17.1.1863, gestorben in Llanystumdwy 26.3.1945, britischer Politiker; 1890 liberaler Unterhausabgeordneter, 1905-08 Handelsminister, 1908-15 Schatzkanzler, 1915/16 Kriegsminister, Dezember 16 bis 19.10.22 Premierminister.

Lloyd war im Ersten Weltkrieg entscheidender Motor der britischen Rüstungsanstrengungen und erzielte in den "Khakiwahlen" (sogenannt nach der Uniformfarbe der britischen Soldaten) 1918 einen überwältigenden Wahlsieg.

Er setzte sich für manche Milderung des Versailler Vertrages ein, konnte aber den Grundtenor kaum mäßigen. 1922 gestürzt, war Lloyd weiter Parteiführer, verlor aber seit 1929 allen politischen Einfluß.

Im September 36 besuchte er Deutschland, zeigte sich tief beeindruckt vom nationalsozialistischen "Aufbauwerk" und sprach von Hitler, nach einem Besuch auf dem Berghof, als dem "George Washington Deutschlands". Trotz späterer Distanzierung blieb dieser Begeisterungsausbruch in der öffentlichen Meinung ein Makel.<<

Frankreich, England und Nordamerika wollten zwar angeblich nur den "preußischen Militarismus" und die ständige "deutsche Bedrohung" ausmerzen, aber tatsächlich beabsichtigte man vor allem die Zerschlagung der mächtigen bzw. lästigen deutschen Industrie- und Handelsmacht.

Die maßgeblichen westeuropäischen Siegermächte beschlossen schließlich in Versailles, die deutsche Militär- und Wirtschaftsmacht endgültig auszuschalten. Bei diesen Verhandlungen ging es den Siegerstaaten Frankreich und England nicht um einen gerechten Frieden (ohne "Sieger und Besiegten").

In erster Linie wollte man das Deutsche Reich (wie z.B. 1648) vollständig kontrollieren und langfristig schwächen, um die französisch-englische Vormachtstellung in Europa zu sichern. Die getreuen Verbündeten sollten außerdem die zugesagten Belohnungen erhalten. Die ungerechten Vorverurteilungen des deutschen Kriegsgegners verdeckten eigentlich nur die wahren machtpolitischen Interessen der Siegermächte.

Der britische Politiker David Lloyd George (1863-1945, 1916-22 Ministerpräsident) schreibt später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x321/80): >>Die internationalen Bankiers diktierten die Reparationsübereinkommen. Die Besitzer unserer Nationalbanken schoben Diplomaten, Politiker, Juristen und Journalisten beiseite und erließen ihre Befehle mit dem gebieterischen Wesen absolutistischer Monarchen, die wußten, daß es gegen die grausamen Dekrete keinen Einspruch gab. ...<<

Die Londoner "Times" schreibt im Jahre 1919 (x063/527): >>... Sollte Deutschland in den nächsten 50 Jahren wieder Handel zu treiben beginnen, so haben wir diesen Krieg umsonst geführt.<<

Winston S. Churchill (1874-1965, seit 1911 britischer Marineminister) schreibt später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x069/122, x320/19): >>... Dahin waren die Tage von Utrecht und Wien, wo aristokratische Staatsmänner und Diplomaten, Sieger und Besiegte ohne Unterschied in höflicher und höfischer Disputation zusammenkamen, um fern und frei vom Lärm und sprachverwirrenden Geschrei der Demokratie die starken Systeme neu zu schaffen, über deren Grundlage sie alle eines Sinnes waren.

Diesmal umstanden die Völker in vielen Millionen den Konferenztisch und verlangten volle und ungeschmälerte Vergeltung. Wehe den Führern, wenn sie auf der schwindelnden Höhe des Triumphs am Verhandlungstisch verspielten, was die Soldaten auf hundert blutgetränkten Schlachtfeldern gewonnen hatten! ...<<

>>... Die wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrages waren so böse und töricht, daß sie offensichtlich jede Wirkung verloren. Deutschland wurde dazu verurteilt, unsinnig hohe Reparationen zu leisten.<<

Der damalige italienische Ministerpräsident Francesco Nitti (1868-1953) schreibt später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x320/19): >>Noch niemals ist ein ernstlicher und dauerhafter Friede auf die Ausplünderung, die Quälerei und den Ruin eines besiegten Volkes gegründet worden. ...<<

Die führenden Ententemächte hielten ihre geheimen Absprachen und Verträge konsequent ein. Während der erbitterten Kämpfe um die Kriegsbeute wurde das "14 Punkte-Programm" des nordamerikanischen Präsidenten entweder überhaupt nicht beachtet oder nur in abgeänderten Formen übernommen.

Als US-Präsident Wilson ("Apostel des Friedens" bzw. Verteidiger der Völker- und Menschenrechte) seine Friedensvorstellungen nicht durchsetzen konnte, opferte er schließlich den "gerechten Frieden" für die Schaffung des Völkerbundes (Wilsons größter Wunschtraum). Wilson, der 1919 den Friedensnobelpreis erhielt, zog sich schließlich kampfflos und verbittert in die bisherige nordamerikanische Isolationspolitik zurück und kümmerte sich während seiner restlichen Amtszeit (bis 1920) nicht mehr um die wirren Nachkriegsverhältnisse in Europa.

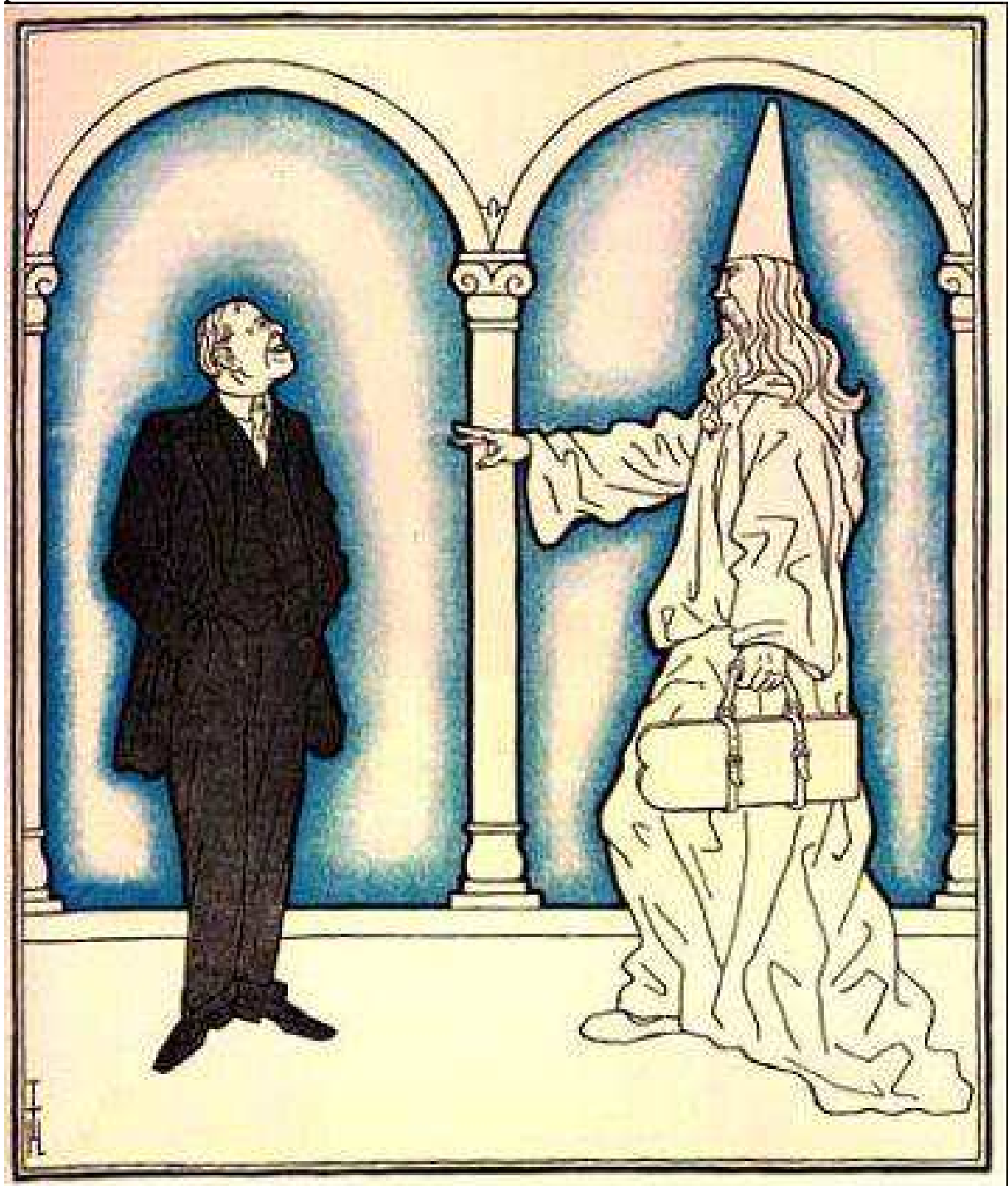


Abb. 54 (x065/369): *"Unter Göttern": Woodrow Wilson, wo sind deine 14 Punkte? - Keine Aufregung, oh Lord, deine 10 Gebote haben wir auch nicht gehalten (Simplicissimus vom 17. Juni 1919).*

Die deutschen Autoren Dr. Thomas Jung und Friedrich Georg schreiben später (im Jahre

2019) in ihrem Buch "1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches" über US-Präsident Wilson (x340/112): >>... Manchen der führenden deutschen Verantwortlichen dürfte bekannt gewesen sein, daß US-Präsident nichts anderes war als ein willfähriger Interessenvertreter der Wall-Street-Banken, besonders aber von J. P. Morgan.

Schon 1912 hatte der Geldadel Wilsons Wahlkampfhauptquartier gestellt; mehr als zwei Drittel seiner Wahlkampfmittel stammten direkt von den Finanziers der Wall Street.

Man hatte sicherheitshalber dafür gesorgt, daß sich Wilson als Graue Eminenz den Vertrauensmann der Banker und überzeugten Deutschenfeind Edward Mandel House als erste Hand zur Seite stellte. "Colonel" House kontrollierte jeden Schritt Wilsons, so daß die Regierungsgewalt in Amerika Zug um Zug in die Hände der Investmentbanker um J. P. Morgan fiel.

Für diese Leute wäre ein 1918 durchaus möglicher Ausgleichsfrieden zwischen Deutschland und den Alliierten gleichbedeutend mit dem eigenen Ruin gewesen. ...

Deutschland wäre in diesem Fall zwar wirtschaftlich geschwächt gewesen, England aber bankrott und die amerikanische Wirtschaft in einer Depression; ganz davon abgesehen, daß Deutschland seine der angloamerikanischen Elite verhaßte Führungsposition in Europa behalten hätte. Genau darum ging es! Man wollte ungestört herrschen und Geschäfte machen.

Der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger bestätigte in der *Welt am Sonntag* vom 13. November 1994: "Letztlich wurden zwei Weltkriege geführt, um eine dominante Rolle Deutschlands zu verhindern." ...<<

Robert Lansing (1864-1928, von 1915-20 US-Außenminister) schreibt später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x320/19): >>Die Friedensbedingungen erscheinen unsagbar hart und demütigend, während viele von ihnen mir unerfüllbar erscheinen.<<

Ein nordamerikanischer Konferenzteilnehmer berichtet später über die Versailler "Friedensverhandlungen" (x243/12): >>Der Präsident (Wilson) hatte die Ärmel hochgekrempt. Es gab keinen, dem er Vertrauen durfte. ... Als erstes begann er ein zähes Ringen um die Minderung der französischen Forderungen nach dem linken Rheinufer, einer rheinischen Republik und nach den Kohlengruben der Saar.

Keiner dieser Ansprüche ließ sich mit der in den Vierzehn Punkten enthaltenen Zusicherung von der Selbstbestimmung in Einklang bringen. Ende März gipfelte die Konferenz in einem persönlichen Streit mit Clemenceau. ...

(Nach einer Erkrankung Wilsons, 10 Tage später).

Er (Wilson) bewilligt Frankreich die Saar und das linke Rheinufer. ... Er stimmt der Forderung nach unbegrenzten Reparationszahlungen Deutschlands zu. ...

In den Staaten sind die Mitglieder des Senats und ... (das) Komitee für auswärtige Fragen empört, weil niemand daran gedacht hatte, ihnen den offiziellen Wortlaut (des Vertrages) zugehen zu lassen. Sie müssen die Einzelheiten aus den Zeitungen entnehmen. Die weiterblickenden Amerikaner in Paris nehmen den Vertrag beinahe mit der gleichen Bestürzung auf wie die Deutschen. ...<<

Die Vermischung der europäischen und nordamerikanischen Vorstellungen wirkte sich für das Deutsche Reich bzw. für die verhaßten "deutschen Hunnen" ausgesprochen verhängnisvoll aus. Fast alle Vereinbarungen und verbindlichen Zusagen des Waffenstillstandsvertrages blieben unberücksichtigt. Die Siegermächte ignorierten ferner Völker- und Menschenrechte, die sie angeblich bewahren und schützen wollten. Vor allem für die Deutschen in Ost-Mitteleuropa sollte sich diese völkerrechtswidrige "Friedenspolitik" besonders verheerend auswirken.

Die nordamerikanische Weltkriegsteilnahme und die erstmalige Beteiligung an der Europa- und Weltpolitik veränderten die jahrhundertealten europäischen Macht- und Kräfteverhältnis-

se grundlegend. Durch die nordamerikanische Intervention in Westeuropa und nach der bolschewistischen Revolution in Osteuropa wurde spätestens im Jahre 1917 ein neues Zeitalter der Ideologien eröffnet: "Mission gegen Mission" - "Macht gegen Macht".

Nordamerika war zwar schon seit der Jahrhundertwende eine Wirtschafts- und Militärweltmacht, aber politisch waren die Vereinigten Staaten von Amerika alles andere als eine Supermacht. Im Jahre 1909 verfügte das US-Außenministerium lediglich über 35 Beamte, die mit den äußerst schwierigen europäischen Verhältnissen meistens überhaupt nicht vertraut waren (x041/178). Aufgrund der gleichgültigen und naiven US-Außenpolitik wurden in Europa letzten Endes chaotische Verhältnisse geschaffen, die Hitlers und Stalins Terrorsysteme nachweislich erheblich förderten.

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die "Pariser Vorortverträge" (x051/436): >>Pariser Vorortverträge, die Friedensverträge, die den Ersten Weltkrieg beendeten, ausgehandelt auf der am 18.1.19 eröffneten Friedenskonferenz in Paris (Teilnehmer 27 alliierte und mit diesen assoziierte Staaten) und unterzeichnet in verschiedenen Pariser Vororten: der Vertrag mit dem Deutschen Reich am 28.6.19 in Versailles (Versailler Vertrag), der mit Österreich am 10.9.19 in Saint-Germain-en-Laye, mit Bulgarien am 27.11.19 in Neuilly-sur-Seine, mit Ungarn am 4.6.20 im Palais "Grand Trianon" (in Versailles) und mit der Türkei am 10.8.20 in Sèvres.

Österreich mußte u.a. Südtirol, Istrien und Triest an Italien, Dalmatien, Teile von Kärnten und Krain an Jugoslawien abtreten, die Selbständigkeit Ungarns, der Tschechoslowakei, Polens und Jugoslawiens anerkennen; der Anschluß an das Deutsche Reich wurde verboten. Auch Ungarn, Bulgarien und v.a. die Türkei verloren Gebiete.

Neben Rüstungsbeschränkungen für die genannten Staaten enthielten die Pariser Vorortverträge Bestimmungen über die Gründung des Völkerbundes, die Leistung von Reparationen und die Strafverfolgung der sogenannten Kriegsverbrecher.

Die USA, die die Pariser Vorortverträge nicht ratifizierten, schlossen später mit dem Deutschen Reich (1921), Österreich (1921), Ungarn (1921) und der Türkei (1923) gesonderte Friedensverträge.<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein berichtet später über die Versailler "Friedensverhandlungen" (x063/522): >>Ende Januar 1918 hatte die große New Yorker Zeitung "Evening Post", die im Besitz Villards war, die Geheimverträge der Alliierten veröffentlicht, die die Engländer und Franzosen ängstlich vor Amerika zu verstecken suchten.

Sie waren der kommunistischen Regierung bei der Öffnung der russischen Staatsarchive in die Hände gefallen und erreichten Villard durch eine Kette glücklicher Umstände. Die Echtheit ist nie bestritten worden. Diese Geheimverträge enthüllten die imperialistischen Pläne Frankreichs und sind ein Beweis, daß die Annahme der Vierzehn Punkte Wilsons durch Frankreich unaufrichtig war.

Im September 1916 hatte die französische Regierung mit Zustimmung des Präsidenten Raymond Poincaré beschlossen, das gesamte linksrheinische Gebiet loszubrechen. Es sollten unter französischer Besatzung "autonome Republiken" gebildet werden. Rußlands Zustimmung zu diesem Plane wurde durch die Einräumung völliger Handlungsfreiheit in Ostdeutschland gewonnen.

Marschall Fochs Memorandum vom 27. November 1918 liegt durchaus auf der Linie dieser Verträge. Es zielte auf die Auslöschung der deutschen Souveränität westlich des Rheines hin. Eine oder mehrere autonome rheinische Republiken sollten errichtet und die männliche Bevölkerung zum Militärdienst eingezogen werden, um im Kriegsfall gegen Deutschland zu kämpfen. Die dauernde Besetzung der rechtsrheinischen Brückköpfe war gleichfalls vorgesehen. ...<<

Der deutsche Historiker Jost Dülffer schreibt später über die Versailler "Friedenskonferenz" (x106/7): >>... Nach dem Ersten Weltkrieg fing es an, und Georg Kennans Kennzeichnung, er sei die "Urkatastrophe" unseres Jahrhunderts gewesen, trifft den Kern. Hier entluden sich lange aufgestaute innergesellschaftliche Spannungen und zwischenstaatliche Konflikte in einem neuartigen Massenmorden. Er wurde aber auch deswegen als "Krieg, der alle Kriege beenden sollte" (H.G. Wells) proklamiert, und genau das erwies sich als schwierig.

Gewiß gingen die Friedensmacher nach Kriegsende mit der Absicht ans Werk, eine dauerhafte Weltordnung zu schaffen. Aber sie scheiterten damit in längerer Sicht.

Der Keim dazu, der den Zweiten Weltkrieg brachte, war in der Saat des Friedensvertrages von Versailles 1919 bereits enthalten. Man hat den US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, den britischen Premierminister David Lloyd George und den französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau heftig gescholten, hat gesagt, ihnen sei die Kunst des Friedensschlusses abhanden gekommen.

Jedoch verkennt dieses Verdikt (Urteil), daß zwar Chancen versäumt wurden, aber die Probleme wirklich ungeheuer groß waren. Auf der Pariser Friedenskonferenz konnten sich nicht einfach, wie in vorangegangenen Jahrhunderten die Staatsmänner zusammensetzen und dann wieder zur Tagesordnung übergehen mit "Friede wirkendem Vergessen", wie man das vormals genannt hatte. Nein, gerade die Völker waren im Krieg mit einem aufgeputzten Nationalismus und Haß gegeneinander angetreten und erwarteten nun auch Genugtuung für ihre Opfer, nicht zuletzt die materiellen; denn der Krieg war in Europa durch Raubbau an den Volkswirtschaften finanziert worden.

Das setzte auch die Regierungen der Sieger unter Druck, so daß der amerikanische Präsident kaum als gleichsam unparteiischer Schiedsrichter nachträglich einen unentschiedenen Frieden durchsetzen konnte. Gerade in Ostmitteleuropa gab es unentwirrbare nationale Gemengelagen. Strategische und wirtschaftliche Gründe konnte man darüber hinaus bei der Gründung neuer Nationalstaaten nicht ganz vernachlässigen. Und schließlich galt unausgesprochen, daß man die weithin als Angreifer des Krieges angesehenen Verlierermächte nicht noch nachträglich durch territoriale Zuwächse gestärkt aus dem Krieg hervorgehen lassen wollte. ...<<

Der deutsche Historiker Peter März berichtet später über die Versailler "Friedenskonferenz" (x312/216): >>... Die Friedenskonferenz von Versailles wurde am 18. Januar 1919 eröffnet, pikanterweise exakt 48 Jahre nach der Proklamation des deutschen Kaiserreiches am selben Ort.

Aber es gab keine deutsche Beteiligung. Die Entscheidungen fielen zwischen den großen drei, dem amerikanischen Präsidenten Wilson, dem britischen Premierminister Lloyd George und dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau.

Als man sich geeinigt hatte, wurden die deutschen Delegierten einbestellt und erhielten am 7. Mai 1919 den Entwurf des Friedensvertrages. Sie konnten schriftlich Stellung nehmen und daraus ergab sich dann ein Notenwechsel mit einigen für Deutschland günstigen Modifikationen. Aber es gab keinerlei Aussprache.

Diese Kommunikationsverweigerung war ein Novum. Sie zeigte aber auch deutlich, wie weit die emotionalen Verhärtungen gingen. Naturgemäß stimmen sich bei Friedenskongressen die diversen Parteien und Allianzgruppen untereinander ab und gehen nicht unvorbereitet und ohne Konzept in die Verhandlungen mit der Gegenseite. Aber selbst eine solche Form der präparierten und dosierten mündlichen Aussprache war Deutschland nicht zugestanden worden.

Das Zweite, was man sehen muß, ist der schiere Umfang des Vertrages: Die vom Auswärtigen Amt 1919 herausgegebene, dreisprachige (englisch, französisch und deutsch) Ausgabe wiegt 1.140 Gramm (!), sie umfaßt 440 Artikel und 455 Seiten. Die Leserinnen und Leser der Zwanzigerjahre mußten förmlich den Eindruck gewinnen, in diesem Vertragswerk sei nahezu



alles geregelt worden, was dazu angetan sein konnte, die deutsche Position zu schwächen. So bestimmte, um nur ein skurriles Beispiel zu nennen, Art. 374, daß Deutschland in jedem Falle eine etwaige Kündigung der internationalen Vereinbarung von 1909 über die Schweizer Gotthardbahn mittragen werde.

Man konnte den Vertrag mit gutem Grund nicht nur als "Buch der Sieger", sondern förmlich als Enzyklopädie der Sieger lesen. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Versailler "Friedensverhandlungen" (x068/195-199): >>... Mündliche Auseinandersetzungen wurden den Deutschen verweigert, ihre schriftlichen Gegenvorschläge weitgehend abgelehnt. Wilson hatte wenigstens Verhandlungen im vollen Licht der Öffentlichkeit zugesagt – gleich der erste seiner 14 Punkte. ...

Entschieden aber wurde im geheimen Komitee der fünf Großmächte, gewöhnlich durch ihre Regierungschefs und Außenminister. Als sich Japan zurückzog, konferierten im Rat der Vier nur noch Wilson, Clemenceau, Lloyd George und Orlando, wobei die letzten Entscheidungen zwischen Wilson und Clemenceau gefällt worden sind.

Man trieb also Geheimverhandlungen, Geheimpolitik, mit all den dabei üblichen faulen Kompromissen. Und der US-Präsident, nicht nur von den Massen abgöttisch verehrt, erwies sich jetzt als schwankendes Rohr, als unsicher, von auffallend langsamer Auffassungsgabe auch und schlecht unterrichtet.

Zwar verhinderte Wilson Deutschlands Zerstückelung durch Etablierung eines linksrheinischen Pufferstaates (womit der lebenslange Opportunist Konrad Adenauer durchaus einverstanden war); doch auch Lloyd George verwarf, wie Wilson, die von Frankreich geforderte Abspaltung einer "Rheinischen Republik". Beide wollten unter keinen Umständen eine weitere Verstärkung Frankreichs, sondern Deutschland als Gegenspieler auf dem Kontinent.

Im übrigen aber machte Wilson Franzosen und Briten eine Konzession nach der anderen. Er war mit der Beschlagnahme des deutschen Auslandsguthabens (rund 10 Milliarden Goldmark) ebenso einverstanden wie mit der Überführung der saarländischen Kohlenbergwerke in französisches Eigentum. Und er billigte auch die Ausdehnung der deutschen Wiedergutmachungsverpflichtung von den zivilen Schäden auf alle Kriegskosten, was die dem Waffenstillstand vorangegangenen Vereinbarungen eindeutig verletzte.

Überhaupt hielt Wilson den Vertrag von Versailles zwar für hart, doch für gerecht. Dabei wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker völlig preisgegeben. Millionen Deutsche – kamen gegen ihren Willen – unter französische, tschechische, polnische Herrschaft.

Gelegentlich führte der Präsident später eine Entscheidung auf "ungenügendes Studium" zurück, wie seine Preisgabe Südtirols an Italien – wobei er nicht einmal den richtigen Namen des Brenner-Passes kannte: er sprach von der "Brunner-Grenze". Und Rastatt hielt er für einen rheinischen Brückenkopf. Und sogar Lille für "einen festen Platz am Rhein".

Überhaupt waren die Geographiekenntnisse der Yankees, was Europa (und darüber hinaus) betrifft, einfach stupend. Etwa gleich der des Mannes nach und neben Wilson: Außenminister Lansing (dem Wilson insgeheim grollte, so daß er ihm endlich - natürlich an einem 13., am 13. Februar 1920 - mitteilen ließ, daß "seine Resignation dem Präsidenten nicht unangenehm sein würde").

Doch wie der Chef von der "Brunner-Grenze" sprach, so Außenminister Lansing von "Heligoland" - "Heligoland to be ceded to Denmark ..."; ebenso übrigens wie ganz Schleswig-Holstein, obwohl die Dänen am Krieg doch gar nicht teilgenommen hatten und auch dankend auf die ihnen zugedachte große Beute verzichteten (Ein kleines, von Dänen bewohntes Stückchen genehmigten sie sich). Österreich hatte teilgenommen, freilich auf der "falschen" Seite - gleichwohl wollte es Außenminister Lansing generös auf die Schifffahrt von Rhein und Elbe anweisen.

Und Spitzbergen hielt er für deutsches Gebiet. Da durfte Chefberater Oberst House, die Graue Eminenz des Weißen Hauses, nicht zurückbleiben. Für ihn grenzte Mesopotamien an Ägypten, lag Anatolien am Bosphorus. Doch seien wir nachsichtig. Clemenceau, den Dingen ja so viel näher lebend, glaubte, die Bahnstrecke Köln - Paris führe durch Holland ...

Wer die Kenntnisse der (allermeisten) Politiker höher einschätzt als etwa ihre Moral, verdankt dies nur eigener Ignoranz. Vielleicht aber war, mancherlei spricht dafür, Wilsons Moral ursprünglich gar nicht so übel - wenn sich auch schwer vorstellen läßt, wie man mit einer intakten Moral Präsident werden, geschweige bleiben kann. ...

Wilson wand sich und log, als ihm in Paris Geheimverträge der Alliierten vorgelegt wurden, nichts davon gewußt zu haben. Wir wissen jedoch sicher durch das von Oberst House publizierte Material daß Wilson die Existenz der meisten Geheimverträge lange vor der Pariser Konferenz kannte. Als freilich am 19. August 1919 Senator Johnson vor dem Senatsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten die Geheimverträge aufzählte, antwortete der Präsident auf die Frage, ob er "irgendeine Kenntnis" von den Geheimverträgen vor der Konferenz gehabt habe: "No, Sir. Ich kann zuversichtlich Nein sagen was mich anbelangt."

Die Alliierten aber dachten nicht daran, Wilsons Programm einzuhalten, wozu sie sich ihrer schlechten militärischen Lage wegen bereiterklärt hatten - für Deutschland die Voraussetzung des Waffenstillstands. Jetzt gierten die Sieger nur nach Beute, am meisten die "Tiger" Clemenceau und Lloyd George, der am 14. Dezember unter der Parole "Hängt den Kaiser und laßt die Deutschen die Kosten des Krieges zahlen" einen überwältigenden Wahlsieg errang.

Mit Deutschland wurde 1919 nicht einmal verhandelt. Man präsentierte am 28. Juni - dem Jahrestag von Sarajewo - im Spiegelsaal von Versailles einfach den fertigen Vertrag. Und der war ein rückhaltloser Bruch des Waffenstillstandsabkommens.

Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau, der Führer der deutschen Delegation in Versailles, verweigerte seine Unterschrift und demissionierte. Johann Giesberts, Reichsminister seit 1919, rief beim Lesen der langen Anklageschrift: "Dieser schamlose Vertrag, ... ich habe bis heute an Wilson geglaubt. Ich hielt ihn für einen Ehrenmann und jetzt schickt uns dieser Schurke einen solchen Vertrag".

Und selbst der Retter, der Heiland, der Jesus Christus nicht nur öffentlich zu kritisieren, sondern der auch zu sagen vermochte, wie man es besser machen könnte als er, selbst Wilson, der pathetische Schwächling, gestand nun in vertrautem Kreis, als Deutscher würde er den Vertrag nicht unterschrieben haben: "If I were a German, I think, I should never sign it."

Als der Präsident aber nach seiner Rückkehr dem Senat den Vertrag darstellte, sagte er in seiner salbungsvollen Art: "Die Bühne ist aufgebaut, das Schicksal enthüllt. Nicht wir haben diesen Plan gemacht; Gottes Hand hat uns den Weg gewiesen" ...<<

### **19.01.1919**

**Deutsches Reich:** Am 19. Januar 1919 findet die Wahl zur Nationalversammlung statt. Bei dieser Wahl, bei der erstmals auch Frauen wählen dürfen, erhalten SPD, Zentrum und DDP mit 341 von 423 Sitzen mehr als 80 % der Mandate (x059/49, x149/36).

### **29.01.1919**

**Deutsches Reich:** In Wilhelmshaven wird am 29. Januar 1919 ein kommunistischer Aufstand nach harten Kämpfen niedergeschlagen.

### **Januar 1919**

**Deutsches Reich:** Die deutsche Reichsregierung erklärt im Januar 1919 in einem Aufruf (x256/68): >>... Spartakus kämpft jetzt um die ganze Macht. Die Regierung, die binnen 10 Tagen die freie Entscheidung des Volkes über sein eigenes Schicksal herbeiführen will, soll mit Gewalt gestürzt werden. Das Volk soll nicht sprechen dürfen, Seine Stimme soll unterdrückt werden.

Die Erfolge habt ihr gesehen. Wo Spartakus herrscht, ist jede persönliche Freiheit und Sicher-

heit aufgehoben. Die Presse ist unterdrückt, der Verkehr lahmgelegt. Teile Berlins sind die Stätte blutiger Kämpfe, andere sind schon ohne Wasser und Licht. Proviantämter werden gestürmt, die Ernährung der Soldaten- und Zivilbevölkerung wird unterbunden.

Die Regierung trifft alle notwendigen Maßnahmen, um die Schreckensherrschaft zu zertrümmern und ihre Wiederkehr ein für allemal zu verhindern. ...<<

Die Inflation, die bereits während des Ersten Weltkrieges beginnt, führt zur Entwertung der deutschen Währung. Im Januar 1919 beträgt der Wertverlust gegenüber 1914 bereits 52,08 % (x149/42).

**Polen, Tschechoslowakei:** Im Januar 1919 kommt es zwischen Polen und der Tschechoslowakei, die nach französischen Plänen zu Eckpfeilern gegen Sowjet-Rußland werden sollen, zu heftigen Zusammenstößen. Polnische Truppen besetzen im Januar 1919 deutsche Reichsgebiete in Teschen an der Olsa.

Frankreich teilt das Teschener Industriegebiet später eigenmächtig auf. Polen erhält den kleineren, aber wertvolleren Teil (x041/84).

### **01.02.1919**

**Deutsches Reich:** Der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer (1876-1967, seit 1906 Mitglied des Zentrums, 1917-1933 und 1945 Kölner Oberbürgermeister, 1920-1933 Präsident des preußischen Staatsrats, im Dritten Reich aller Ämter enthoben) berät am 1. Februar 1919 in Köln mit den Abgeordneten der Nationalversammlung aller rheinischen Parteien über die Errichtung einer "Westdeutschen Republik".

Diese Westdeutsche Republik" (Rheinprovinzen bzw. Rheinland) soll vor allem die Stellung Preußens im Deutschen Reich schwächen und den französischen Sicherheitsinteressen entsprechen (x092/777).

### **06.02.1919**

**Deutsches Reich:** Der SPD-Politiker Friedrich Ebert (Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten) eröffnet am 6. Februar 1919 in Weimar die Nationalversammlung mit folgender Rede (x092/779): >>Meine Damen und Herren, die Reichsregierung begrüßt durch mich die Verfassunggebende Versammlung der deutschen Nation.

Besonders herzlich grüße ich die Frauen, die zum erstenmal gleichberechtigt im Reichsparlament erscheinen. Die provisorische Regierung verdankt ihr Mandat der Revolution; sie wird es in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen. ...

Mit den alten Königen und Fürsten von Gottes Gnaden ist es für immer vorbei. ...

Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in aller Zukunft sich selbst. Diese Freiheit ist der einzige Trost, der dem deutschen Volke geblieben ist, der einzige Halt, an dem es aus dem Blutumpf des Krieges und der Niederlage sich wieder herausarbeiten kann.

Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution. ... Die Revolution lehnt die Verantwortung ab für das Elend, in das die verfehlte Politik der alten Gewalten und der leichtfertige Übermut der Militaristen das deutsche Volk gestürzt haben. ...

Die Waffenstillstandsbedingungen aber sind bisher unerhört hart und schonungslos durchgeführt worden. Aus diesen Akten spricht alte Gewaltpolitik, spricht kein Geist der Versöhnlichkeit. ...

Wir warnen die Gegner, uns nicht zum Äußersten zu treiben. Auch ein sozialistische Volksregierung und gerade diese muß daran festhalten: lieber ärgste Entbehrung als Entehrung. ...

Meine Damen und Herren, die provisorische Regierung hat eine sehr üble Erbschaft angetreten. Wir waren im eigentlichen Sinne die Konkursverwalter des alten Regimes, alle Scheuer, alle Lager waren leer, alle Vorräte gingen zur Neige, der Kredit war erschüttert, die Moral tief gesunken. Wir haben, gestützt und gefördert vom Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, unsere beste Kraft eingesetzt, die Gefahren und das Elend der Übergangszeit zu bekämpfen. Wir haben alles getan, um das wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen. ...

Sozialismus ist uns Organisation, Ordnung und Solidarität, nicht Eigenmächtigkeit, Egoismus und Zerstörung. ...

Wie der 9. November 1918 anknüpft an den 18. März 1848, so müssen wir hier in Weimar die Wandlung vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus, von der Weltmacht zur geistigen Größe. ... Jetzt muß der Geist von Weimar, der Geist der großen Philosophen und Dichter, wieder unser Leben erfüllen. ...

So wollen wir an die Arbeit gehen, unser großes Ziel fest vor Augen, das Recht des deutschen Volkes zu wahren, in Deutschland eine starke Demokratie zu verankern und sie mit wahren sozialen Geist und sozialistischer Tat zu erfüllen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 7.02.2009) über die deutsche Nationalversammlung vom 6. Februar 1919 (x887/...): >>**Die Weimarer Klassik stand Pate**

Am 6. Februar 1919 trat im Nationaltheater zu Weimar die deutsche Nationalversammlung zusammen

Die Wahl des Sitzungsortes hatte Symbolkraft. Nicht der angeblich in Berlin beheimatete Geist des preußisch-deutschen Militarismus sollte die Republik erfüllen, sondern der der deutschen Klassik.

Deshalb berief die Reichsregierung die Verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung für den 6. Februar 1919 nicht in die Reichshauptstadt, sondern in die Goethe- und Schiller-Stadt Weimar ein, die der neuen deutschen Republik ihren Namen geben sollte.

Bereits im Zuge der Novemberrevolution 1918 hatten Reichskanzler Prinz Max von Baden, der zuvor eigenmächtig die Abdankung des Kaisers verkündet hatte, als auch führende Sozialdemokraten die Einrichtung einer Nationalversammlung gefordert, die über die zukünftige Staatsform und die Verfassung des Deutschen Reiches entscheiden sollte.

Der Rat der Volksbeauftragten, der nach dem Zusammenbruch der Monarchie als provisorische Reichsregierung fungierte, schloß sich dieser Forderung am 30. November 1918 an und setzte für den 19. Januar 1919 eine Reichstagswahl an. Wahlberechtigt waren alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet hatten, womit erstmals auch Frauen ein reichsweites Wahlrecht hatten.

Auch der Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte stimmte diesem Regierungsbeschluß mit deutlicher Mehrheit zu, wodurch der Weg zur Reichstagswahl geebnet und eine von vielen befürchtete Entwicklung hin zu einer Räterepublik endgültig gestoppt war.

Nach der Wahl vom 19. Januar, bei der die eine parlamentarisch-demokratische Republik anstrebenden Parteien SPD, DDP und Zentrum eine Dreiviertelmehrheit erreichten, trat die Verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung am 6. Februar 1919 im Weimarer Nationaltheater zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen.

Sie war nicht nur mit der Ausarbeitung einer Verfassung beauftragt, sondern fungierte zugleich auch als Parlament und nahm dessen legislative Aufgaben wahr. Der Umzug in die thüringische Stadt bereitete verkehrstechnische Schwierigkeiten, so daß die Regierungsämter im von nachrevolutionären Wirren und Unruhen beherrschten Berlin verblieben. Um einen schnellen Nachrichtenaustausch zu gewährleisten, wurde eine Luftpostlinie eingerichtet.

Zur Eröffnung der ersten Sitzung sandten die Abgeordneten der deutsch-österreichischen Nationalversammlung ein Grußtelegramm nach Weimar, in dem sie ihren Wunsch nach einer Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich ausdrückten, für den es auch eine Mehrheit in der deutschen Nationalversammlung gab. Doch die Entscheidung darüber sollten die alliierten Siegermächte auf ihrer Konferenz in Potsdam fällen.

Erster Parlamentspräsident wurde der SPD-Politiker Eduard David, der allerdings wenige Tage später als Minister in die Reichsregierung wechselte und von dem Zentrumspolitiker Konrad Fehrenbach abgelöst wurde.

Am 11. Februar wählten die Abgeordneten mit über 70 Prozent der Stimmen den bisherigen Reichskanzler Friedrich Ebert zum vorläufigen Reichspräsidenten. Der Parlamentspräsident begrüßte ihn mit den Worten: "Verschwunden ist der Vormund aus ererbtem Recht, an seiner Stelle steht der selbstgewählte Führer." Ebert, zugleich SPD-Vorsitzender, antwortete, er wolle und werde als der Beauftragte des ganzen deutschen Volkes handeln und nicht als Vertreter einer einzigen Partei. Zugleich bekannte er sich zu seiner Herkunft aus dem Arbeiterstand.

Gemeinsam mit dem Zentrum und der DDP bildeten die Sozialdemokraten in der Weimarer Koalition eine regierungsfähige Mehrheit. Erster Ministerpräsident (Reichskanzler) der Weimarer Republik wurde der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann, Vizekanzler Eugen Schiffer von der DDP und Außenminister der parteilose Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau.

Während im Reich die Aufstände der Spartakisten, Kommunisten und Unabhängigen Sozialdemokraten tobten, gingen die Abgeordneten in Weimar daran, Deutschland eine demokratische Verfassung zu geben.

Die größte Herausforderung waren die Beratungen über den als Diktatfrieden empfundenen Vertrag von Versailles. Am 12. Mai 1919 tagte die Nationalversammlung erstmals in Berlin. Hier nahm sie eine Erklärung Scheidemanns über die Friedensbedingungen entgegen und debattierte darüber. Unter großem Beifall aller Parteien bezeichnete Scheidemann die Friedensbedingungen als "Gewaltfrieden", der das deutsche Volk erdrosseln solle. Die Reichsregierung könne diesen Bedingungen nicht zustimmen und werde Gegenvorschläge machen, die auf Wilsons 14-Punkte-Programm beruhen.

Dem schlossen sich die Redner aller Parteien an. Sie erklärten die Forderungen der Entente für unannehmbar und wandten sich vor allem gegen die ruinösen Reparationsforderungen und die Behauptung, Deutschland trage allein die Schuld am Ausbruch des Krieges.

Nachdem Scheidemanns Kabinett aus Protest gegen die unnachgiebige Haltung der Siegermächte wenig später zurücktrat, warb sein Nachfolger, Gustav Bauer, der einer Regierung von SPD und Zentrum vorstand, für die Vertragsunterzeichnung, kritisierte aber weiter einzelne Bestimmungen und insbesondere den Passus zur Kriegsschuldfrage in Artikel 231 des Vertrages.

Trotz der allgemeinen Entrüstung über den Vertragsentwurf stimmte die Nationalversammlung dem Antrag in namentlicher Abstimmung mit 237 zu 138 Stimmen schließlich zu, da die Alternative nur die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen sei, die weit schlimmere Folgen haben würden.

Die Weimarer Nationalversammlung war jedoch nicht nur mit den Verfassungsberatungen befaßt. So wurden beispielsweise die gesamte Neuregelung des Steuerwesens in Angriff genommen und mit der Verabschiedung des Reichssiedlungsgesetzes erste Schritte zu einer Bodenreform unternommen.

Am 30. September 1919 verlegte die Nationalversammlung ihren Sitz nach Berlin, bevor sie sich am 21. Mai 1920 auflöste. Nach der Reichstagswahl vom 6. Juni trat der erste Reichstag an ihre Stelle. Da war der Weg, der wegen des Deutschland erdrückenden Friedensvertrages und verschiedener Verfassungsmängel zu Diktatur, Krieg und Untergang führen sollte, bereits beschritten.<<

### **11.02.1919**

**Deutsches Reich:** Die republikanischen Parteien (Sozialdemokraten, Zentrum und Demokratische Partei) wählen Friedrich Ebert am 11. Februar 1919 in Weimar zum Reichspräsidenten. Die Nationalversammlung tagt damals in Weimar, weil in Berlin vielerorts noch schwere Unruhen herrschen.

Reichspräsident Friedrich Ebert erklärt während seiner Antrittsrede am 11. Februar 1919 (x073/97): >>... Freiheit und Recht sind Zwillingschwestern. Die Freiheit kann sich nur in fester staatlicher Ordnung gestalten. Sie zu schützen und wieder herzustellen, wo sie angeta-

stet wird, das ist das erste Gebot derer, die die Freiheit lieben. Jede Gewaltherrschaft, von wem sie auch kommt, werden wir bekämpfen bis zum Äußersten. ...

Den Frieden zu erringen, der der deutschen Nation das Selbstbestimmungsrecht sichert, die Verfassung auszubauen und zu behüten, die allen deutschen Männern und Frauen die politische Gleichberechtigung unbedingt verbürgt, dem deutschen Volke Arbeit und Brot zu schaffen, sein ganzes Wirtschaftsleben so zu gestalten, daß die Freiheit nicht Bettlerfreiheit, sondern Kulturfreiheit werde, das sei unseres Strebens Ziel.<<

### **13.02.1919**

**Deutsches Reich:** SPD, Zentrum und DDP bilden am 13. Februar 1919 in Weimar eine Koalitionsregierung. Die sogenannte Weimarer Koalition wählt danach Philipp Scheidemann zum Ministerpräsident.

Mathias Forster schreibt später über Philipp Scheidemann (x051/514): >>Scheidemann, Philipp, geboren in Kassel 26.7.1865, gestorben in Kopenhagen 29.11.1939, deutscher Politiker; 1883 zur SPD, 1911 in den Parteivorstand, 1903-33 Mitglied des Reichstages.

Als Wortführer der Reichstagsfraktion forderte Scheidemann im Ersten Weltkrieg gegen die alldeutsche Kriegszielpropaganda einen Verständigungsfrieden und avancierte nach der Parteispaltung 1917 neben Ebert zum anerkannten Führer der SPD. Am 9.11.18 rief er (ohne Eberts Einverständnis) die deutsche Republik aus, um der beginnenden Revolution entgegenzuwirken, und bildete nach der Wahl zur Nationalversammlung am 13.2.19 die erste von SPD, Zentrum und DDP getragene demokratische Reichsregierung.

Am 11.5.19 legte er sich mit den Worten "Welche Hand müsste nicht verdorren, die sich mit uns in diese Fesseln legt" auf die Ablehnung des Versailler Vertrages fest, trat im Juni zurück und wandte sich der Kommunalpolitik zu (1920-25 Oberbürgermeister von Kassel), blieb aber eine politische Figur von reichsweiter Wirkung, u.a. durch seine scharfe Kritik an der Zusammenarbeit von Reichswehr und Roter Armee (1926).

1933 ging Scheidemann ins Exil und ließ sich nach Aufenthalten in Frankreich und den USA schließlich in Dänemark nieder. Schrieb "Memoiren eines Sozialdemokraten" (1928).<<

### **21.02.1919**

**Deutsches Reich:** Kurt Eisner (1867-1919, ein radikaler USPD-Politiker, seit 1918 bayerischer Ministerpräsident) wird am 21. Februar 1919 durch den rechtsradikalen Graf Anton von Arco (1897-1945, österreichischer Staatsbürger) ermordet.

### **23.02.1919**

**Deutsches Reich:** Der "Berliner Anzeiger" veröffentlicht am 23. Februar 1919 einen "offenen Brief" des deutschen Schriftstellers Armin T. Wegner (1886-1978, einer der wenigen Europäer, die damals die armenischen Verfolgungen persönlich erlebten).

Wegner, der sich später auch leidenschaftlich für die verfolgten Juden einsetzt, schreibt in seinem "offenen Brief" an US-Präsident Wilson (x841/...):

>>Herr Präsident!

Verschließen Sie Ihre Ohren nicht, weil ein Unbekannter zu Ihnen redet. In Ihrer Botschaft an den Kongreß vom 8. Januar des vergangenen Jahres haben Sie die Forderung der Befreiung aller nichttürkischen Völker des osmanischen Reiches aufgestellt. Zu diesen Völkern gehört ohne Zweifel auch das armenische. Diese Nation ist es, für die ich rede.

Als einer der wenigen Europäer, die ihren furchtbaren Untergang von seinem ersten Beginn in den blühenden Städten, auf den fruchtbaren Äckern Anatoliens bis zu der Vernichtung ihrer kläglichen Reste an den Ufern des Euphrats, in den Steinöden der mesopotamischen Wüste mit eigenen Augen erlebt habe, wage ich es, mir das Recht zuzuerkennen, diese Bilder der Not und des Entsetzens vor Ihnen heraufzurufen, die fast durch zwei Jahre an meinen Blicken vorübergingen und die mich nie mehr verlassen werden.

Ich tue dies in dem Augenblick, da die Ihnen verbündeten Regierungen sich rüsten, die Frie-

densverhandlungen in Paris zu beginnen, die über das Schicksal der Welt für viele Jahrzehnte entscheiden werden. Aber das armenische Volk ist nur ein geringes unter vielen; die Zukunft größerer und ruhmreicherer Staaten steht zur Verhandlung.

Da liegt es nahe, daß die Bedeutung einer kleinen, so auf das äußerste geschwächten Nation von den gewaltsamen und selbstsüchtigen Zielen der großen europäischen Staaten zurückgedrängt oder beiseite geschoben wird, daß sich so für Armenien das gleiche Spiel der Nichtachtung und des Vergessens wiederholt, das ihm im Laufe der Geschichte so oft widerfuhr. Dies aber wäre auf das tiefste zu bedauern; denn keinem Volke der Erde ist je ein Unrecht geschehen wie dem armenischen. Es ist eine Frage des Christentums, es ist eine Frage der ganzen Menschheit.

Das armenische Volk als solches war nicht an diesem Feldzuge beteiligt, es war ihm nicht einmal die Möglichkeit gegeben, handelnd in ihn einzugreifen. Es war ein Opfer dieses Krieges.

Als die türkische Regierung im Frühjahr 1915 an die Ausführung ihres unfaßbaren Planes ging, zwei Millionen Armenier vom Erdboden auszurotten, da waren die Hände ihrer europäischen Brüder Frankreichs, Englands und Deutschlands vom eigenen unseligen Blute feucht, das sie in der traurigen Blindheit ihres Mißverständnisses in Strömen vergossen, und niemand hinderte die finsternen Machthaber der Türkei, ihre qualvollen Folterungen zu beenden, deren Ausführung man in der Tat nur der Handlung eines wahnsinnigen Verbrechers vergleichen kann.

So haben sie ein ganzes Volk, Männer, Frauen, Greise, Kinder, schwangere Mütter, unmündige Säuglinge in die arabische Wüste getrieben mit keiner anderen Absicht als der - sie verhungern zu lassen.

In Europa gewöhnte man sich seit langem daran, Sibirien als eines der unwirtschaftlichsten Länder der Erde zu betrachten, in dem zu leben die härteste Strafe gilt. Und doch gibt es in diesem Lande noch fruchtbare Äcker, weht trotz der Kälte des Winters eine gesunde Luft. Was aber ist Sibirien gegen die mesopotamische Steppe?

Ein Land breitet sich, ohne Gras, ohne Bäume, ohne Vieh, voll spärlichen Krauts, ohne Menschen, die auch nur den Schatten eines Mitleids haben, graue Ebenen voll Lehm auf viele Meilen, kahle Wüsten von Felsen und Stein, zerfallene Ufer, auf die die Glut einer unbarmherzigen Sonne herabfällt, endlose Regen im Herbst und die Kälte der Winternächte mit Frost und eisigem Reif. Abseits seiner zwei großen Flüsse gibt es kein Wasser. Die wenigen kleinen Dörfer reichen kaum aus, um eine Hand voll arabischer Beduinen zu nähren, die in ihrer kümmerlichen Armut jeden Fremden als ein willkommenes Wild betrachten.

Aus ihren Wohnsitzen, die sie länger als zweitausend Jahre inne hatten, aus allen Teilen des Reiches, aus den steinernen Pässen des Hochgebirges bis an die Küsten der Marmara und den Palmenoasen des Südens, trieb man sie in diesen trostlosen Kesseln zusammen mit der Entschuldigung, die jedem menschlichen Empfinden den Hohn spricht, nichts zu tun, als ihnen andere Wohnsitze anzuweisen; metzelte die Scharen ihrer Männer in Massen nieder, stürzte sie mit Ketten und Seilen aneinandergefesselt in den Fluß, rollte sie mit gebundenen Gliedern die Berge hinab, verkaufte ihre Frauen und Kinder auf den öffentlichen Märkten oder hetzte Greise und Knaben unter tödlichen Bastonaden auf die Straße zur Zwangsarbeit.

Nicht genug damit, seine verbrecherischen Hände so für alle Zeiten beschmutzt zu haben, jagte man das Volk, seiner Häupter und Wortführer beraubt aus den Städten, zu jeder Stunde des Tages und der Nacht halb nackt aus den Betten, plünderte seine Häuser, verbrannte die Dörfer, zerstörte die Kirchen oder verwandelte sie in Moscheen, raubte sein Vieh, nahm ihnen Esel und Wagen, riß ihnen das Brot aus den Händen, die Kleider von den Gliedern, das Gold aus den Haaren und aus dem Mund.

Beamte, Offiziere, Soldaten, Hirten wetteiferten in ihrem wilden Delirium des Blutes,

schleppten die zarten Gestalten der Waisenmädchen zu ihrem tierischen Vergnügen aus den Schulen, schlugen mit den Knüppeln auf hochschwängere Weiber oder Sterbende ein ...

Reisende, die die Straßen entlang fuhren, wandten ihre Augen entsetzt von diesen Wanderzügen teuflischer Grausamkeit, um in ihren Herbergen die neugeborenen Kinder in den Mist der Höfe gebettet zu finden ... Karawanen, die bei ihrem Aufbruch in die Heimat Hocharmeniens mehrere Tausende von Körper umfaßten, zählten bei ihrer Ankunft an den Staatsgrenzen Aleppos nur noch wenige Hunderte, während die Felder mit angeschwollenen und schwarz gewordenen Leichen besät waren, die die Luft mit ihrem Geruch verpestend, geschändet, nackt und ihrer Kleider beraubt umherlagen oder Rücken an Rücken gefesselt den Euphrat hinabtrieben, den Fischen zum Fraß. Zuweilen streuten Gendarmen zum Hohn ein wenig Mehl in die abgezehrten Hände der Hungernden das sie begierig ableckten, und das nur die Wirkung hatte, ihren Tod hinauszuziehen.

Aber auch vor den Toren Aleppos ließ man ihnen keine Ruhe, jagte aus unbegreiflichen Gründen des Krieges, die niemand verteidigen kann, ihre zusammengeschrumpften Horden mit bloßen Füßen unermüdlich über Hunderte von Meilen auf sonnendurchglühten Straßen, durch steinerne Schluchten, weglassige Hügel, von Krankheit und Fieber geschüttelt, zu halbtropischen Sümpfen, in die Öde des Nichts. Hier starben sie, von Kurden erschlagen, von Gendarmen beraubt, erschossen, erhängt, vergiftet, erdolcht, erdrosselt, von Seuchen verzehrt, ertränkt, erfroren, verdurstet, verhungert, verfault, von Schakalen angefressen.

Kinder weinten sich in den Tod, Männer zerschmetterten sich an den Felsen, Mütter warfen ihre Kleinen in den Brunnen, Schwangere stürzten sich mit Gesang in den Euphrat. Alle Tode der Erde, die Tode aller Jahrhunderte starben sie. ...

In zerfallenen Karawansereien lagen sie zwischen Haufen von Leichen und Halbverwesten teilnahmslos da und warteten auf den Tod; denn wie lange konnten sie ihr elendes Dasein damit fristen, sich Körner aus dem Mist der Pferde zu suchen oder Gras zu essen? Das alles aber ist nur ein Bruchteil von dem, was ich selbst gesehen habe, was Bekannte oder Reisende mir erzählten, oder was ich aus dem Munde der Vertriebenen selber vernahm.

Herr Präsident, wenn Sie jene furchtbaren Kataloge des Grauens durchblättern, die Lord Bryce in England, Johannes Lepsius in Deutschland über diese Ereignisse gesammelt haben, so werden Sie sehen, dass ich nicht übertreibe. Wenn ich aber annehmen darf, daß diese Bilder des Entsetzens, von denen alle Welt außer in Deutschland gehört hat, das man auf das schändlichste belog, sich bereits in Ihren Händen befinden, mit welchem Recht beschwöre gerade ich sie herauf?

Ich tue das mit dem Recht der menschlichen Gemeinschaft, mit der Pflicht eines heiligen Versprechens. Als ich in der Wüste durch die Flüchtlingslager der Vertriebenen ging, als ich in ihren Zelten mit den Hungernden und Sterbenden auf ihrer Matte saß, da fühlte ich ihre flehenden Hände in den meinen, da beschwor mich die Stimme ihrer Priester, die viele Hunderte von Toten auf ihrer letzten Reise in das Grab gesegnet hatten, für sie zu bitten, wenn ich wieder in Europa wäre.

Aber das Land, in das ich heimkehrte, ist ein armes Land: Deutschland ist eine besiegte Nation. Mein eigenes Volk ist dem Hunger nahe. Elende und Arme bedecken die Straßen. Soll ich ein Volk, das vielleicht bald nicht in der Lage ist, sich selbst zu retten, um Hilfe bitten für ein noch ärmeres? Die Stimme des Gewissens und der Menschlichkeit wird niemals schweigen in mir, und darum spreche ich diese Worte zu Ihnen. Dieses Schreiben ist ein Vermächtnis. Es ist der Mund von tausend Toten, der aus mir redet.

Herr Präsident, das Unrecht dieses Volkes ist maßlos gewesen. Ich habe alles gelesen, was über diesen Krieg geschrieben wurde. Ich habe die Greuel aller Länder dieser Erde verfolgt, die furchtbaren Metzereien aller Schlachten, die von den Torpedos zerrissenen Schiffe, die von den Flugzeugen auf die Städte herabgeworfenen Bomben, die abscheulichen Ermordun-



gen in Belgien, das Leiden der französischen Flüchtlinge, die entsetzliche Not der verschleppten Deutschen und Gefangenen in Sibirien, die grauenvollen Krankheiten und Seuchen in Rumänien.

Hier aber gilt es ein Unrecht wieder gutzumachen, wie es keines dieser Völker erlitt, nicht das französische, nicht das belgische, nicht das englische, nicht das russische, nicht das serbische, nicht das rumänische und auch nicht das deutsche, das doch so viel in diesem Kriege erdulden mußte. Nur die wilden Völker des Altertums haben vielleicht annähernd ein ähnliches Schicksal ertragen.

Hier aber handelte es sich um eine Nation von hoher Kultur, von reicher und ruhmvoller Vergangenheit, von unvergeßlichen Verdiensten um die Werke der Kunst, Literatur, Wissenschaft mit zahlreichen bedeutenden und geistvollen Männern voll tiefer Religion, voll erhabenem Priestertums, ein christliches Volk, dessen Anhänger über die ganze Erde zerstreut sind, von denen manche viele Jahre in ihrem Lande gelebt hatten, Herr Präsident, und die alle Sprachen der Erde kannten, dessen Frauen und Töchter wohl eher gewöhnt waren, in einem Schaukelstuhl vor einem reichlich gedeckten Tisch zu sitzen, als um ein Erdloch in der Wüste zu kauern, kluge Kaufleute, Ärzte, Gelehrte, Künstler, aufrechte und glückliche Bauern, die das Land fruchtbar machten, und deren einzige Schuld es war, wehrlos zu sein, eine andere Sprache zu sprechen, und als die Kinder eines anderen Glaubens geboren zu sein.

Jeder, der die Vorgänge dieses Krieges in Anatolien kennt, der das Schicksal dieser Nation mit offenen Augen verfolgt hat, weiß, daß alle jene Beschuldigungen, die man mit Weisheit und vieler Mühe gegen die armenische Rasse erhob, nichts sind als eine Abscheu erregende Verleumdung ihrer gewissenlosen Machthaber, die sie zum Schutze ihrer rasenden und brutalen Gewalt erfanden, die sich mit dem Geist der Wahrhaftigkeit und des Menschentums niemals vereinen lassen. Aber selbst wenn alle diese Vorwürfe auf Wahrheit beruhen sollten, würden sie niemals jene grauenhaften Taten rechtfertigen, die man gegen Hunderttausende Unschuldiger begangen hat.

Ich klage nicht den Islam an; der Geist jeder großen Religion ist edel, und die Handlung manches Mohammedaners hat uns die Augen vor den Taten Europas niederschlagen lassen. Ich klage nicht das einfache Volk dieses Landes an, dessen Seele von tiefer Sittlichkeit erfüllt ist; aber ich glaube nicht, daß die Kreise seiner führenden Herrenkaste jemals im Laufe der Geschichte fähig sein werden, es glücklich zu machen, nachdem sie unseren Glauben an ihre Kulturfähigkeit so tief zerstörten, und die Türkei das Recht, sich selbst zu regieren, für alle Zeiten verwirkt hat.

Herr Präsident, Sie werden mir die Unparteilichkeit meiner Stimme glauben, wenn ich als Deutscher zu Ihnen darüber rede, als der Angehörige eines Volkes, das auf das Tiefste mit der Türkei befreundet war, dem man infolge dieser Freundschaft in ungerechtester Weise die Mitschuld an diesen mörderischen Menschenjagden vorgeworfen hat.

Das deutsche Volk hat nichts von diesem Verbrechen gewußt. Wenn seine Regierung, die zu allen Zeiten in heftigster Leidenschaft gegen das Unfaßbare dieser Vorgänge protestiert hat, eine Schuld trifft, so ist es die der Unkenntnis der türkischen Psyche und menschlicher Rücksicht gewesen, in Angst und Sorge um die Zukunft ihres eigenen Volkes zu leben. Ich verschweige es nicht, auch Schwäche ist eine Schuld im Leben der Völker. Aber der bittere Vorwurf, die unverzeihliche Möglichkeit dieser Austreibung hervorgerufen zu haben, trifft sie nicht allein.

Im Berliner Vertrag vom Juli 1878 hat ganz Europa die heiligsten Garantien übernommen, die Ruhe und Sicherheit des armenischen Volkes zu schützen. Aber hat es jemals dieses Versprechen eingelöst?

Selbst die Massenmorde Abdul Hamids haben es nicht zur Besinnung gebracht, und in blinder Begierde verfolgte es die Ziele seines Eigennutzes, nicht bereit, sich zum Beschützer eines

unterdrückten Volkes zu machen. In den Waffenstillstandsbedingungen zwischen der Türkei und Ihren verbündeten Völkern, die von den Armeniern der ganzen Erde mit fieberhafter Spannung erwartet wurden, ist die armenische Frage nur kurz berührt worden.

Soll sich dieses unwürdige Spiel ein zweites Mal wiederholen und die Armenier wieder die enttäuschenden Lehren aus der Vergangenheit ziehen? Die Zukunft dieses kleinen Volkes darf nicht zurücktreten hinter den selbstsüchtigen Plänen und Ansprüchen großer Staaten. Herr Präsident, retten Sie die Ehre Europas!

Der Rat der russischen Volkskommissare hat den Armeniern das Recht der freien Selbstbestimmung zuerkannt, ihre Nationaldelegierten in Paris haben die Unabhängigkeit Armeniens proklamiert.

Aber bei der Anerkennung dieses Rechtes dürfen es die Völker nicht bewenden lassen; denn die armenischen Gebiete der Türkei sind ein menschenverödetes Land, in das zwei Drittel seiner Bewohner niemals zurückkehren werden. Es würde einen nie wieder gutzumachenden Fehler bedeuten, wenn die armenischen Gebiete Rußlands nicht für immer von diesem Reiche gelöst würden, um mit den armenischen Provinzen Anatoliens und Ziliziens zu einem gemeinsamen Lande vereint zu werden, das von jeder türkischen Herrschaft befreit, seinen Ausgang zum Meere hat.

Nur so wäre die Möglichkeit eines Ausgleiches gegeben, nicht nur die zahlreichen Flüchtlinge jenseits der russischen Grenze zurückzuführen auf ihre Scholle, sondern auch die verödeten Städte und Dörfer neu zu beleben.

Es genügt nicht, Herr Präsident, daß Sie das Elend dieses Volkes kennen. Es genügt nicht, daß Sie ihm einen Staat geben, dessen Häuser zerstört, dessen Felder verwüstet, dessen Bürger ermordet sind. Die Erschöpfung dieses Landes ist so groß daß es sich aus eigener Kraft nicht wieder emporraffen kann.

Der Handel ist niedergebrochen, das Handwerk, die Industrie ohne Arbeit. Das Kapital, das an Menschen vernichtet wurde, kann niemals ersetzt werden. Die unermesslichen Reichtümer, die die grausamen Machthaber dieses Landes in ihrer unersättlichen Gier aus den Schätzen der Vertriebenen angehäuft haben, sind nur ein geringes Pfand.

Viele Tausende von Armeniern wurden mit Gewalt zum Islam bekehrt. Tausende von Kindern sind verschollen und Tausende von Frauen geraubt und in türkischen Harems zu Sklavinnen gemacht worden. Ihnen allen muß die unverbrüchliche Versicherung ihrer Rückkehr in die Freiheit gegeben werden. Alle Opfer der Verfolgung, die ihre Heimat betreten, die zwei Jahre und mehr in der Wüste gelebt haben, müssen an Reichtümern und Gütern, die sie verloren, entschädigt, alle Waisen erzogen werden. Wessen dieses Volk bedarf, das ist die Liebe, die es so lange entbehrt hat. Das ist die Erkenntnis der Schuld unserer aller.

Herr Präsident, für mein eigenes Volk zu bitten, verbietet mir der Stolz. Ich bezweifle nicht, daß es aus der Fülle seines Schmerzes die Kraft gewinnen wird, ... opfernd mitzuwirken an der künftigen Erlösung der Welt. Für die armenischen Nation aber, die so furchtbar gedemütigt wurde, wage ich einzutreten, denn wenn sie auch nach diesem Kriege nicht die Genugtuung ihrer furchtbaren Leiden erfahren sollte, wird sie für immer verloren sein.

Mit der Inbrunst dessen, der die unausdenkbare Schmach seiner Leiden an der eigenen gefolterten Seele erfuhr, erhebe ich die Stimme jener Elenden, deren verzweifelte Klagen ich hilflos hören, deren grauenvollen Tod ich beweinen mußte, deren Knochen die Wüsten des Euphrats bedecken und deren Beine noch einmal Fleisch werden in meinem Herzen und mich mahnen, zu ihnen zu reden.

Schon einmal habe ich an die Tür der amerikanischen Volkes geklopft, als ich die Bittbriefe der Vertriebenen aus den Flüchtlingslagern von Meskene und Aleppo auf Ihre Botschaft nach Konstantinopel brachte, und ich weiß, daß dies nicht vergeblich gewesen ist.

Ich schmeichle mir nicht, jemals eine Antwort auf diesen Brief zu erhalten; aber wenn Sie,

Herr Präsident, die erhabene Idee, den unterworfenen Völkern Hilfe zu bringen, in der Tat zur Richtschnur Ihrer Politik gemacht haben, so werden Sie nicht verkennen, daß auch aus diesen Worten eine machtvolle Stimme spricht, die einzige, die das Recht hat, zu allen Zeiten gehört zu werden, die Stimme der Menschlichkeit.<<

**03.03.1919**

**Großbritannien:** Die Siegermächte verstärken am 3. März 1919 ihre Seeblockade im Ostseeraum, um das Deutsche Reich systematisch auszuhungern.

**04.03.1919**

**CSR:** In mehreren Städten (z.B. in Kaaden und in Sternberg) fordern die Sudetendeutschen am 4. März 1919 ihr Selbstbestimmungsrecht und den Verbleib bei Österreich. Die friedlichen Demonstrationen werden jedoch z.T. gewaltsam beendet (x005/684). 54 Demonstranten werden durch tschechische Milizen erschossen (x025/94).

**06.03.1919**

**Sowjet-Rußland:** Die Komintern (Kommunistische Internationale) faßt während des Gründungskongresses der III. Internationale vom 2. bis zum 6. März 1919 in Moskau alle kommunistischen Parteien Europas straff zusammen und erteilt ihnen verbindliche Anweisungen (x069/141).

In diesen Anweisungen heißt es (x256/59): >>Die Kommunistische Internationale stellt sich zum Ziel: auch mit den Waffen in der Hand, für den Sturz der internationalen Bourgeoisie und für die Schaffung einer internationalen Sowjetrepublik ... zu kämpfen. Die Kommunistische Internationale stellt sich die Befreiung der Werktätigen der ganzen Welt zur Aufgabe. In den Reihen der Kommunistischen Internationale vereinigen sich brüderliche Menschen weißer, gelber, schwarzer Hautfarbe – die Werktätigen der ganzen Erde.<<

Lenin bezeichnet die Gründung der III. Internationale (Komintern) als die "Vorstufe der internationalen Republik der Sowjets, des Weltsieges des Kommunismus" (x041/80).

**08.03.1919**

**Deutsches Reich:** Der Generalstreik in Berlin und in Thüringen wird am 8. März 1919 nach erbitterten Kämpfen abgebrochen. Die Kämpfe fordern etwa 1.000 Todesopfer (x034/38).

**10.03.1919**

**CSR:** Eine US-Expertenkommission berichtet am 10. März 1919 über die Abtretung des Sudetenlandes (x025/94): >>... Würde man den Tschechoslowaken das ganze Gebiet zuerkennen, das sie beanspruchen, so wäre es nicht nur eine Ungerechtigkeit gegenüber vielen Millionen Menschen, die nicht unter tschechische Herrschaft gelangen wollen, sondern es wäre auch für die Zukunft des neuen Staates gefährlich und vielleicht verhängnisvoll ...

Das Blut, das am 4. März geflossen ist, als tschechische Soldaten in mehreren Städten auf die deutsche Menge feuerten, ist – obwohl es im Vergleich zu den Opfern, deren Zeugen wir geworden sind, nur ein Tropfen ist, auf eine Art und Weise vergossen worden, die nur schwer verziehen werden kann ...<<

Gemäß den damaligen US-Vorschlägen soll sich der Grenzverlauf überwiegend nach den ethnischen Siedlungsgebieten richten. Das Egerland ist danach Bayern, Nordböhmen ist Sachsen und das Sudetenland ist dem preußischen Teil Schlesiens anzugliedern. Der österreichische Teil Schlesiens soll aufgeteilt und der CSR, Polen sowie dem Deutschen Reich zugeordnet werden.

Ein französischer Vorschlag zur Lösung des deutschen Minderheitenproblems lautet jedoch schon damals: "Ausweisung aller Deutschen"!

Die tschechischen Politiker Masaryk und Benesch lehnen eine Vertreibung der Sudetendeutschen jedoch strikt ab, weil man den neuen Staat nicht mit völkerrechtswidrigen Massenausreibungen und hohen Entschädigungen belasten will. Die deutschen Arbeitskräfte werden außerdem dringend benötigt (x028/49).

**14.03.1919**

**Österreich:** Die österreichische Nationalversammlung spricht sich am 14. März 1919 für den Anschluß an das Deutsche Reich aus.

**20.03.1919**

**Deutsches Reich:** Polnische Truppen besetzen am 20. März 1919 Danzig.

**21.03.1919**

**Ungarn:** Bela Kun (1886-1938, ungarischer Volkskommissar für Auswärtige Beziehungen, wahrscheinlich in der UdSSR ermordet) bildet am 21. März 1919 in Budapest eine Räteregierung aus Kommunisten und Sozialisten. Diese diktatorische Räterepublik trennt danach Staat und Kirche, bildet eine Rote Armee und errichtet Revolutionstribunale.

**22.03.1919**

**Sowjet-Rußland:** Ein bolschewistischer Parteifunktionär schreibt am 22. März 1919 an Lenin, um über die verbrecherischen Aktivitäten der Tscheka (von 1917-1922 staatliche Geheimpolizei der Bolschewisten, danach umgewandelt zur GPU) zu berichten (x265/118): >>... In dieser von Kriminalität, Gewalt und Willkür verseuchten Organisation, wo Schurken und Verbrecher den Ton angeben, richten bis an die Zähne bewaffnete Männer jeden hin, der ihnen nicht paßt.

Sie dringen in die Häuser ein, plündern, vergewaltigen, nehmen Leute fest, bringen Falschgeld in Umlauf und verlangen von den Leuten Krüge voll Wein, um anschließend die, von denen sie den Wein bekommen haben, zu erpressen und sie schließlich gegen eine 10- oder 20mal so hohe Summe wieder laufen zu lassen.<<

**März 1919**

**USA:** Erst nachdem sich der US-Politiker Herbert Hoover (1874-1964, von 1929-33 nord-amerikanischer Präsident) verstärkt für Deutschland einsetzt, dürfen Ende März 1919 wenigstens einige Schiffe der deutschen Fischfangflotte auslaufen.

General J. F. Fuller schreibt später über das beschämende Verhalten der Sieger (x063/515): >>... daß der Bruch dieses Vertrages die entscheidende Niederlage für die europäische Ordnung war. Er war die unmittelbare Ursache für die weitere verhängnisvolle Entwicklung. Die Alliierten haben ihren Teil des Abkommens nicht erfüllt. Statt dessen haben sie es, als Deutschland hilflos war, im Gegensatz zu früheren Friedenskonferenzen abgelehnt, mit dem Gegner mündlich zu verhandeln; sie haben die Blockade aufrechterhalten; und sie haben die Bedingungen des Waffenstillstands gebrochen.<<